



Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung (90.) und Wissenschaftsausschuss (80.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

12. Januar 2022

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 11:55 Uhr

Vorsitz: Georg Fortmeier (SPD) (AWEL)

Protokoll: Thilo Rörtgen

Verhandlungspunkt:

**Zirkuläre Wirtschaft schafft Nachhaltigkeit, sichert Rohstoffsicherheit
und fördert Gute Arbeit in Nordrhein-Westfalen**

3

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/15255

– Anhörung von Sachverständigen (*s. Anlage*)

* * *

Vorsitzender Georg Fortmeier: Meine Damen und Herren! Ich darf Sie ganz herzlich begrüßen zur heutigen Sachverständigenanhörung und freue mich, dass Sie so zahlreich erschienen sind.

Ich begrüße natürlich auch ganz herzlich zu dieser ersten Sitzung im neuen Jahr die Vertreter der Landesregierung, Medienvertreter, soweit sie anwesend sind, und natürlich alle diejenigen Kolleginnen und Kollegen, Referentinnen und Referenten und Sachverständigen, die im Livestream oder per Video uns zugeschaltet sind.

Hinweisen will ich auf die gegebenen Einschränkungen unserer parlamentarischen Arbeit bei der Pandemie. Sie wissen, dass wir nach wie vor verpflichtet sind, die Mindestabstände einzuhalten. Deshalb sind wir auch alle hier etwas auseinandergesetzt platziert worden von der Verwaltung. Sie wissen, dass, wenn wir uns vom Platz wegbegeben, dann zwingend die Maske zu tragen ist. Am Platz selber hier können wir die Maske absetzen.

Meine Damen und Herren, mit der Einladung vom 29. Dezember wurde Ihnen der Vorschlag für diese heutige Sitzung für die Tagesordnung genannt. Einziger Punkt ist die öffentliche Anhörung von Sachverständigen zu dem Antrag der SPD-Fraktion mit dem Titel „Zirkuläre Wirtschaft schafft Nachhaltigkeit, sichert Rohstoffsicherheit und fördert Gute Arbeit in Nordrhein-Westfalen“. Ich gehe davon aus, dass Sie mit dieser Tagesordnung einverstanden sind. Mir ist bisher keine Veränderung von Kolleginnen und Kollegen angezeigt worden. Das bleibt auch so. Damit ist die Tagesordnung beschlossen.

Ich rufe damit diesen Tagesordnungspunkt auf:

Zirkuläre Wirtschaft schafft Nachhaltigkeit, sichert Rohstoffsicherheit und fördert Gute Arbeit in Nordrhein-Westfalen

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/15255

– Anhörung von Sachverständigen (s. *Anlage*)

(Überweisung des Antrags Drucksache 17/15255 an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung – federführend –, den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen, den Wissenschaftsausschuss und den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz am 6. Oktober 2021)

Vorsitzender Georg Fortmeier: Der Wirtschaftsausschuss hat am 27. Oktober beschlossen, die heutige Anhörung durchzuführen. Ich will mich schon jetzt, auch im Namen des anwesenden Kollegen Herrn Seifen, für die im Vorfeld abgegebenen Stellungnahmen bedanken.

Ich danke Ihnen, dass Sie bereit sind, mit uns über diesen Antrag inhaltlich zu diskutieren.

(Es folgen organisatorische Hinweise.)

Dann starten wir jetzt mit der ersten Fragerunde. – Herr Kollege Bell, Sie haben das Wort.

Dietmar Bell (SPD): Da ich nur an einen Sachverständigen eine Frage richten darf, fange ich mit Herrn Wilts vom Wuppertal Institut an. Auch im Namen der SPD-Fraktion erst einmal einen herzlichen Dank an alle Sachverständigen für die Stellungnahmen und auch für ihr Erscheinen virtuell oder auch hier real.

Herr Wilts, in Ihrer Stellungnahme sprechen Sie davon, dass der Industriestandort NRW nur mit einer zirkulären Wirtschaftsweise eine Zukunft habe, und begründen dies mit dem globalen Wettbewerb. Können Sie das Argument noch mal etwas intensiver ausführen?

Vorsitzender Georg Fortmeier: Vielen Dank, Herr Kollege Bell. – Dann kommt jetzt für die CDU-Fraktion Herr Dr. Untrieser.

Dr. Christian Untrieser (CDU): Herzlichen Dank auch im Namen der CDU-Fraktion an die Sachverständigen für die eingereichten Stellungnahmen und für ihre Anwesenheit heute.

Meine erste Frage möchte ich richten an unternehmer nrw. Herr Schüller, herzlich willkommen in neuer Funktion, jetzt hier zurück an alter Wirkungsstätte. Die Frage lautet konkret: Im Antrag ist das Kreislaufwirtschaftsgesetz nicht erwähnt. Das wundert mich ein bisschen. Sie haben es in Ihrer Stellungnahme gleichwohl erwähnt. Können Sie einmal den Rahmen des Kreislaufwirtschaftsgesetzes nennen und sagen, wo die Konkretisierungsvorschläge sind, die Sie in Ihrer Stellungnahme uns mitgeteilt haben?

Vorsitzender Georg Fortmeier: Vielen Dank, Herr Dr. Untrieser. – Für die FDP-Fraktion Herr Kollege Brockes.

Dietmar Brockes (FDP): Guten Morgen, meine Damen und Herren! Allen ein herzliches Glückauf fürs neue Jahr. Herzlichen Dank seitens der FDP-Landtagsfraktion, dass Sie uns heute hier Rede und Antwort stehen und auch für die vorher gelieferten Stellungnahmen.

Ich würde gerne mit der ersten Frage beginnen und diese an Herrn Mittelstaedt vom VCI richten. Herr Mittelstaedt, wie schätzen Sie die wirtschaftlichen Potenziale der zirkulären Wirtschaft für die chemische Industrie ein, und wie bewerten Sie die Voraussetzungen für eine zirkuläre Wertschöpfung gerade hier in Nordrhein-Westfalen?

Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung (90.)

12.01.2022

Wissenschaftsausschuss (80.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

rt

Vorsitzender Georg Fortmeier: Vielen Dank. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Kollegin Brems.

Wibke Brems (GRÜNE): Auch von meiner Seite herzlichen Dank an alle, die schriftliche Stellungnahmen eingereicht haben und hierhin gekommen sind.

Meine erste Frage geht an das Ecologic Institut. Sie müssten dann gucken, wer von Ihnen darauf antwortet. Sie erwähnen in Ihrer Stellungnahme als eine Maßnahme zur Strategieentwicklung, dass Instrumente und Ansatzpunkte ermittelt werden müssen, die die zirkulären Produkte und Dienstleistungen stärken. Können Sie konkrete Beispiele und Anreize nennen, was vielleicht auch auf einer Landesebene getan werden kann, um das aufzugreifen, was wir ja hier in NRW an guten Voraussetzungen haben, um das dann auch wirklich weiter voranzutreiben?

Vorsitzender Georg Fortmeier: Vielen Dank, Frau Brems. – Für die AfD-Fraktion Herr Abgeordneter Strotebeck..

Herbert Strotebeck (AfD): Zunächst möchte ich mich auch im Namen der AfD-Fraktion für die Stellungnahmen bedanken und dafür, dass Sie jetzt über Video oder eben persönlich zur Verfügung stehen.

Meine erste Frage geht an Herrn Klawek. In vielen Bereichen lesen wir, dass es in einzelnen Rohstoffbereichen Recyclingquoten von 80 bis teilweise über 90 % gibt. Dies gilt insbesondere für den Metallbereich. Ihre Firma ist ja seit Jahrzehnten im Wertstoffhandel im Bereich NE-Metalle tätig. Meine Frage ist: Wie ist da Ihr Eindruck vom Recyclingmarkt in Deutschland? Brauchen wir hier staatliche Eingriffe und – wenn ja – in welcher Form, zum Beispiel im Bereich von Quoten oder gar im Bereich von Bürokratie, oder brauchen wir es nicht?

Vorsitzender Georg Fortmeier: Vielen Dank, Herr Strotebeck. – Dann steigen wir jetzt in die erste Antwortrunde ein. Ich rufe zunächst Herrn Wilts, der von Herrn Bell gefragt worden ist, auf.

Dr. Henning Wilts (Wuppertal Institut): Ganz herzlichen Dank für die Frage. Es ist tatsächlich so, dass es nicht an wissenschaftlichen Untersuchungen mangelt, dass, wenn dieser Transformationsprozess zur zirkulären Wirtschaft gelingt, die Wettbewerbsfähigkeit der entsprechenden Industrie massiv gesteigert werden kann. Die Kommission selber spricht von 80 Milliarden, die Ellen MacArthur Foundation von 600 Milliarden, andere von 1,2 Millionen. Also, es geht weit auseinander. Aber völlig klar ist, da sind riesige Kosteneinsparpotenziale.

Wir dürfen uns, glaube ich, nicht allzu sicher sein, dass die unbedingt in NRW per se umgesetzt werden. Wenn wir das nicht als industriepolitische Gestaltungsaufgabe verstehen, werden sie woanders umgesetzt werden. Wir sehen das in den Niederlanden, wir sehen das in China. Deswegen bin ich fest davon überzeugt, dass dieses lineare

Modell des Produzierens, Nutzens, Wegwerfens, das wir in NRW in den vergangenen Jahrzehnten erfolgreich umgesetzt haben ... Wenn wir uns darauf verlassen, werden andere Industriestandorte an uns vorbeiziehen. Dann wird dort die Wertschöpfung in dieser zirkulären Wirtschaft passieren. Deswegen hat es mich sehr gefreut, dass das jetzt in diesem Rahmen tatsächlich diskutiert wird: Wie kommen wir dahin? Wir kommen wir von der Theorie in die Praxis?

Vorsitzender Georg Fortmeier: Vielen Dank, Herr Dr. Wilts. Das war deutlich in der Zeit, prima. – Auf die Antwort der CDU-Fraktion Herr Schüller von unternehmer nrw.

Alexander Schüller (unternehmer nrw): Herzlichen Dank, dass unternehmer nrw heute die Position bei diesem wichtigen Thema noch mal vorbringen kann.

Sie haben gefragt, welche Rolle das Kreislaufwirtschaftsgesetz spielt. Das spielt die ganz maßgebliche Rolle bei Fragen der Kreislaufwirtschaft. Es ist ein Bundesgesetz, was die ganz maßgeblichen rechtlichen Grundlagen bildet. Das ist quasi der rechtliche Rahmen, in dem sich die Bundesländer zu bewegen haben.

Wenn man mal auf den Vollzug schaut: Der Vollzug ist angelegt im Kreislaufwirtschaftsgesetz in verschiedenen Vorschriften. Wie es dann konkret ausgestaltet wird, obliegt den Ländern. Der Rahmen, in dem sich die Länder bewegen können, ist da relativ eng gefasst. Deshalb muss man sagen: Das Kreislaufwirtschaftsgesetz ist natürlich besonders wichtig. Deshalb sollte es auch bei dem Thema eine wichtige Rolle spielen.

Bei dem Thema „Circular Economy“ kommt man nicht um das Kreislaufwirtschaftsgesetz herum. Wir müssen deshalb fragen: Was können wir denn auf Landesebene überhaupt noch eigenständig entscheiden? Da ist schon noch einiges möglich, eben auf Vollzugsebene. Vollzugsebene ist der maßgebliche Punkt, wo wir ansetzen können. Und da sehen wir in Nordrhein-Westfalen noch erhebliches Potenzial, wie wir im Vollzug besser werden können.

Sie haben auch danach gefragt, was denn hinsichtlich des Kreislaufwirtschaftsgesetzes zu konkretisieren sei. Da greife ich als Beispiel § 45 Kreislaufwirtschaftsgesetz raus. Da geht es um die öffentliche Beschaffung. Da ist angelegt, dass die öffentliche Beschaffung umweltfreundlich ausgestaltet werden soll, führt aber gleichzeitig dazu, das ist eher so ein Auftrag an den Gesetzgeber allgemeiner Natur, aber es liegen keine Rechtsansprüche Dritter darin begründet. Also, wenn jetzt ein Unternehmen umweltfreundliche Produkte anbietet, hat das Unternehmen keine Handhabe, beispielsweise gegen einen Wettbewerber, der konventionelle Produkte in dieser Form anbietet, vorzugehen. Da ist er auf die allgemeinen vergaberechtlichen Möglichkeiten angewiesen.

Also konkret: Das Kreislaufwirtschaftsgesetz zu konkretisieren, wäre beispielsweise in § 45 eine hervorragende Möglichkeit. Ich muss aber dazu sagen: Es ist Bundesrecht, aber aus NRW könnte sicherlich ein Impuls in Richtung Bundesebene geleitet werden, da noch mal nachzufassen.

Vorsitzender Georg Fortmeier: Vielen Dank, Herr Schüller. – Dann auf die Frage der FDP-Fraktion Herr Mittelstaedt vom Verband der Chemischen Industrie.

Hans-Jürgen Mittelstaedt (Verband der Chemischen Industrie – Landesverband Nordrhein-Westfalen): Vielen Dank für die Frage und für die Einladung, hier Stellung nehmen zu können.

Die erste Frage richtet sich auf die Bedeutung zirkulärer Wirtschaft für die chemische Industrie und die zweite Frage hinsichtlich der Voraussetzungen für eine Umsetzung, Realisierung zirkulärer Wertschöpfung in NRW.

Zur ersten Frage: Für die Chemie hat eine zirkuläre Wirtschaft eine sehr hohe Bedeutung, zum einen aus Ressourceneffizienz, aber vor allen Dingen auch aus Klimaschutz, weil die Chemie auf Kohlenstoff aufbaut und der Kohlenstoff in unseren Produkten irgendwann am Lebensende auch wieder in die Umwelt entlassen wird. Wenn wir klimaneutral werden wollen, dann müssen wir diesen Kohlenstoff im Kreislauf fahren. Da bietet halt insbesondere das Recycling von Kunststoffen eine zentrale Voraussetzung dafür, unsere Kohlenstoffquellen nachhaltig klimaneutral zu gestalten.

Wir haben vor einiger Zeit eine Studie gemacht mit der DECHEMA. Da kommen wir auf einen Anteil von 12 %. Das Wuppertal Institut unterstellt höhere Anteile an Recycling für unsere Rohstoffbasis. Das wird letztlich von der Effizienz der zirkulären Systeme abhängen, wie weit wir da kommen.

Die Bedeutung in Nordrhein-Westfalen zur Realisierung zirkulärer Wertschöpfung ist sehr gut. Wir haben hier fast alle industriellen Wertschöpfungsketten über die gesamte Breite abgebildet. Wir haben viele Entsorger. Wir haben exzellente Hochschulen. Dadurch haben wir die Möglichkeit, in dieser gemeinsamen Gruppe zu lernen, wie eine lineare Wirtschaft in eine zirkuläre Wirtschaft umgewandelt werden kann, was nicht trivial ist, sondern was nur gelingt, wenn alle zusammenarbeiten.

Vorsitzender Georg Fortmeier: Vielen Dank, Herr Mittelstaedt. – Dann auf die Frage von Frau Brems von Bündnis 90/Die Grünen an das Ecologic Institut Herr Hirschnitz-Garbers.

Dr. Martin Hirschnitz-Garbers (Ecologic Institut [per Video zugeschaltet]): Vielen Dank für die Frage.

Sie hatten gefragt, ob wir konkrete Maßnahmeninstrumente auf Landesebene vorschlagen können oder sehen, um die Nutzung von zirkulären Dienstleistungsprodukten zu stärken. Hier sehen wir im Sinne eines Politikmixes, der Kombination verschiedener Ansätze, mehrere Möglichkeiten, natürlich sowohl über Anreize als auch über die Vergabe von Fördermitteln und auch über die Regulation zu gehen.

Ich würde anfangen mit Anreizen. Da würde ich gerne auf Herrn Schüllers Vorrede eingehen. Wir sehen auch bei der grünen öffentlichen Beschaffung sehr viele Möglich-

keiten, dass wir dort durch eine Vorrangstellung, also nicht Gleichrangstellung, sondern Priorisierung, von solchen Produkten, die, wie es in § 45 Wirtschafts*(akustisch unverständlich)* auf Bundesebene steht ... Man könnte dort eben auch darauf eingehen, dass es um zirkuläre Produkte, Produkte aus Sekundärrohstoffen, Produkte mit wenig ökologischen Fußabdruck geht. ... und im gleichen Atemzug, wie auch Herr Schüller sagte, Umsetzungsroutinen zu vereinfachen auf Ebene der beschaffenen Stellen, damit dort klar ist, anhand welcher Leitfäden sie welche Entscheidung treffen, wie sie diese auch gegenüber vielleicht dann nachfragenden, klagenden Unternehmen vertreten können.

Das Zweite ist mit Blick auf Anreize Mehrwertsteuersenkung für gewisse Produkte, Dienstleistungen. Das kennt man aus Schweden, wo das mit Blick auf Reparaturdienstleistungen gemacht wurde, zum Beispiel für Möbel oder Fahrräder. Auch hier könnte man die Reparaturen von der Umsatzsteuer befreien oder die Mehrwertsteuer senken, um eben die Reparatur und damit die längere Lebensdauer von gewissen Produkten zu vereinfachen.

Letzter Punkt zu Anreizen: Wir könnten uns Abgaben auf unsortierte Abfälle überlegen, beispielsweise im Bereich Bauen, Bauabfälle, um damit die getrennte Erfassung zu stärken und Flüsse besser dahin fließen zu lassen, wo sie auch für *(akustisch unverständlich)* genutzt werden könnten.

Mit Blick auf Regulation könnte man über Sekundärrohstoffeinsatzquoten in gewissen Produkten nachdenken, die einfach dadurch den Markt noch mal anreizen können, dass diese Produkte überhaupt auch bestehen und möglichst in guter Qualität.

Letzter Punkt, Fördergelder: Auch hier ist die Vergabe sicherlich noch mal möglich, dass wir Demonstrationen oder Modellvorhaben stärken, die beispielsweise mit Blick auf Baubereich solche Produkte erfahrbar machen und damit auch Bedenken abbauen können, die beispielsweise aus Sekundärrohstoffen bestehen.

Dabei möchte ich es erst mal bewenden lassen.

Vorsitzender Georg Fortmeier: Vielen Dank. – Dann kommt jetzt Herr Klawek als Antwortgeber für die Frage von Herrn Strotebeck.

Constantin A. Klawek (NE-Metalle Alex Klawek GmbH): Ich möchte mich auch erst einmal bedanken, dass ich hier eingeladen wurde.

Zu der Frage nach staatlichen Eingriffen im Bereich Quoten oder zum Abbau der Bürokratie wäre meine Antwort: Zu Quoten: Da könnte man nur sagen, dass es relativ schwierig wird, das zu erfassen, weil wir Quoten nicht richtig messbar haben im Recycling. Zum Beispiel bei Kupfer ist es schwierig, Quoten zu bekommen, weil aus Kartellgründen der Kupferindustrie keine Quoten genannt werden.

Zum Abbau von Bürokratie würde ich in erster Linie sagen, dass das eine gute Idee ist, weil ich da aus Praxisgründen schon sagen kann, dass wir sehr viele Auflagen

haben und sehr viel umsetzen müssen, wenn wir zum Beispiel neue Flächen mit Blm-Sch-Genehmigung oder Immissionsgenehmigungen ausstatten wollen. Der Abbau von Bürokratie ist bei uns, also der Bezirksregierung, ein prominentes Beispiel, weil so viele Auflagen kommen, dass es verhältnismäßig nicht mehr gewährleistet ist, dass man richtig arbeiten kann. Ich bin schon einige Jahre bei uns im Betrieb und habe das schon live miterlebt, wie viele Auflagen man erfüllen muss.

Als Zweites möchte ich sagen, dass vielleicht die Ansicht von Metall und Schrotten laut Abfallrecht umgeändert werden sollte. Das wäre vielleicht mal eine Idee, weil jetzt der Status quo ist, dass Abfälle das Gleiche sind wie Schrotte und eigentlich die gleichen Eigenschaften besitzen sollten, was ja nicht der Fall ist. Denn wenn man Schrott mit einem positiven Marktwerk hat, dann kann das nicht in die gleiche Behandlung wie Abfälle erfahren. Es gibt auch schon EU-Verordnungen zu dem Thema. Aber da sollte man tatsächlich das Abfallrecht mal anpassen.

Zu weiteren Anreizsystemen: Man könnte auch mal mit Subventionen die Recyclingunternehmen unterstützen, dass die die ganzen Kosten auffangen, die im Moment durch die ganzen Dieselpreise entstehen. Wir sind ja für den Transport maßgeblich verantwortlich und auch Betreiber unserer Anlagen, Strompreise. Wenn die A45 jetzt zum Beispiel, was bei uns in der Region die wahrscheinlich ...

(Zuruf von Raimo Bengel [Verband der Bau- und Rohstoffindustrie])

– Ich glaube es Ihnen. Ich hatte zwei Stunden eingeplant.

Diese A45 ist ja die Pulsader der ganzen Region. Da sind viele Spezialisten, viele kleine Unternehmen, die ultimativ spezialisiert sind. Die beliefern und recyceln wir auch. Das hat natürlich jetzt eine ganz andere Veränderung, wenn wir nicht mehr die Autobahn nutzen können, sondern über die Landstraßen fahren müssen. Also, für uns hat sich einiges geändert durch Infrastruktur und durch die Preise, was jetzt das Recycling etwas schwierig macht.

Das wäre meine Antwort zu den Quoten und zur Bürokratie.

Vorsitzender Georg Fortmeier: Vielen Dank, Herr Klawek. – Damit haben wir die erste Fragerunde beendet.

Ich schaue dann für die nächste Frage zur SPD-Fraktion. Da hat sich Kollege Bell gemeldet.

Dietmar Bell (SPD): Meine nächste Frage geht an Herr Kirli von der IG BCE. Herr Kirli, wo sehen Sie Potenziale für die Schaffung bzw. den Erhalt guter Arbeitsplätze durch die zirkuläre Wertschöpfung vor allem in Abgrenzung zu bisher global ausgerichteten linearen Wertschöpfungsketten und welche Qualifizierungsnotwendigkeiten und -bedarfe sehen Sie da?

Vorsitzender Georg Fortmeier: Vielen Dank, Herr Kollege Bell. – Für die CDU-Fraktion Herr Dr. Untrieser.

Dr. Christian Untrieser (CDU): Die nächste Frage geht an Herrn Mittelstaedt. Sie führen in Ihrer Stellungnahme aus, dass Kohlenstoff für die Chemieindustrie ein ganz wesentlicher Rohstoff ist. Können Sie vor dem Hintergrund einmal die Carbon-Management-Strategie der Landesregierung einordnen und ansonsten einordnen, wie oder was Sie brauchen, um Kohlenstoff weiter in die Kreislaufwirtschaft hineinzubekommen?

Vorsitzender Georg Fortmeier: Vielen Dank, Herr Untrieser. – Von der FDP-Fraktion Herr Kollege Brockes.

Dietmar Brockes (FDP): Meine nächste Frage geht an die Herren Benger und Dr. Schülte-Wrede vom Verband der Bau- und Rohstoffindustrie. Können Sie mir oder uns bitte erläutern, welche Bedeutung mineralische Rohstoffe für die Wertschöpfungsketten in Nordrhein-Westfalen haben und welche Rolle der Aufbau geschlossener Stoffkreisläufe dabei spielt?

Vorsitzender Georg Fortmeier: Danke. – Frau Kollegin Brems für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Wibke Brems (GRÜNE): Ich habe eine Frage an den Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft, Frau Dr. Reuter. Sie beschreiben in Ihrer Stellungnahme einen ganzheitlichen Strategiebedarf und dass eine solche Strategie Anreize für hochwertiges Recycling bzw. Mehrfachnutzung von Produkten setzen sollte. Können Sie bitte konkrete Vorschläge und Ideen darstellen, was auf der Landesebene damit gemeint ist? Was ist das, was da erarbeitet oder vorgelegt werden sollte, damit es dann eben auch den entsprechenden Zielen entspricht?

Vorsitzender Georg Fortmeier: Vielen Dank, Frau Brems. – Für die AfD-Fraktion hat sich der Abgeordnete Loose gemeldet.

Christian Loose (AfD): Meine Frage geht an Herrn Klawek. Alle wollen recyceln, aber keiner will ein Recyclingunternehmen in seiner Umgebung haben. Also, Wertstoffhandel und Recycling gelten ja in der Bevölkerung eher als lautes Geschäft; da sind Maschinen etc. Meine Frage: Wie sehen Sie hier die Möglichkeiten für die Entwicklung solcher Branchen hinsichtlich der Genehmigungsregelung für neue Werke, neue Anlagen etc.? Ist das alles okay mit den Genehmigungsregelungen? Sind die zu hart, sind die zu leicht? Wie ist da Ihre Einschätzung aus praktischer Sicht?

Vorsitzender Georg Fortmeier: Vielen Dank. – Dann starten wir jetzt mit der Antwortrunde. Für die Gewerkschaft IG BCE Herr Kirli.

Omer Kirli (IG BCE – Landesbezirk Nordrhein): Auch ich möchte mich ganz herzlich für die Einladung bedanken und wünsche Ihnen auf diesem Wege ein frohes neues Jahr. Ich glaube, es ist noch nicht zu spät dafür.

Ich danke der SPD-Fraktion ganz herzlich für die Frage. Sie hatten gefragt, wo wir Potenziale dahingehend sehen für das Thema „Kreislaufwirtschaft“ in Abgrenzung zur linearen Wirtschaftsstruktur. Wir haben in unserer Stellungnahme schon dargestellt, dass es durchaus Branchen gibt in unserem Organisationsbereich, beispielsweise die Glasindustrie, beispielsweise die Papiererzeugung, in Teilen auch die Aluminiumindustrie, wo wir schon sehr hohe Recyclingquoten haben und wo ohne Recycling diese Branchen nicht denkbar wären.

Beim Thema „Kunststoffe“ und „chemische Industrie“ ist da natürlich noch Ausbaupotenzial. Da sind wir sozusagen in den Anfängen, wenn wir auf die reinen Recyclingquoten gucken. Dies hat auch im Zusammenhang mit mechanischem und chemischem Recycling zu tun, dass manche Rezyklate nicht angerechnet werden und Ähnliches. Wenn wir das noch mal tun würden, wären die Recyclingquoten sicherlich höher. Fakt ist – das hat Herr Wilts schon in seiner Stellungnahme dargestellt und vorhin auch in seinen Ausführungen –, dass, wenn wir uns jetzt nicht verändern und die nötigen Impulse liefern, dann die Industrie in Nordrhein-Westfalen nicht zukunftsfähig ist. Das sind Vorgaben aus der Europäischen Union und Ähnliches. Wenn wir uns jetzt nicht hin zu einer Kreislaufwirtschaft entwickeln, dann stehen wir vor der Schwierigkeit, dass die lineare Wirtschaft sozusagen ausläuft und nicht mehr wirtschaftsfähig sein wird auf globaler Ebene. Dementsprechend müssen wir hier die notwendigen Impulse liefern.

Sie hatten nach den Weiterbildungsbedarfen gefragt. Ich muss Ihnen sagen: Da sind wir noch in den Anfängen, das zu erfassen. Da sind gerade einige Studien angedacht zu diesem Themenfeld. Auch da würde ich global antworten, dass sich Produktionsverfahren natürlich ändern müssen, dass wir im Hinblick auf Nachhaltigkeit unsere Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben weiterentwickeln müssen, weil sich, wie gesagt, Produktionsverfahren ändern, weil sich bestimmte Zusammensetzungen ändern. Am Beispiel von Naphtha, was ein Grundstoff in der chemischen Industrie ist: Das werden wir zum grünen Naphtha entwickeln müssen, was sozusagen CO₂-frei produziert ist. Also, da gibt es einiges zu tun, und da sind wir als IG BCE auch gerne bereit, unseren Beitrag zu leisten.

Vorsitzender Georg Fortmeier: Vielen Dank, Herr Kirli. – Nun folgt Herr Mittelstaedt auf die Frage der CDU-Fraktion.

Hans-Jürgen Mittelstaedt (Verband der Chemischen Industrie – Landesverband Nordrhein-Westfalen): Wie die Chemie ihren Kohlenstoffbedarf decken wird: Wir haben zurzeit einen Anteil von etwa 93 % fossile Rohstoffe, Kohlenstoffe, die wir nutzen. Wir werden dieses Verhältnis umdrehen müssen, um klimaneutral zu werden. Die zentralen Kohlenstoffquellen, die wir sehen, die wir nutzen können, sind einmal Bio-

masse, dann die Nutzung von Kunststoffabfällen, also den Kohlenstoff in den Kunststoffabfällen wieder für die chemische Herstellung von Stoffen nutzen, und der dritte Block, der auch energetisch und vom Aufwand her generell am schwierigsten ist, wird die Nutzung von CO₂ sein – auch den Bereich werden wir künftig stärker nutzen müssen, um unseren Kohlenstoffbedarf zu decken –. Also, wir sind eine Branche, die Kohlenstoffe braucht.

Wir haben in Nordrhein-Westfalen auch Industriezweige wie die Zementindustrie, die zwingend Kohlenstoff produzieren müssen, um weiter zu existieren. Da gibt es keine Substitutionsmöglichkeit. Wir haben also Bedarfe. Wir haben zwingende Anfälle von Kohlenstoff. Wenn wir klimaneutral werden wollen, müssen wir mit diesen unterschiedlichen Bedarfen und mit den Anfällen umgehen und schauen, wie wir das Ganze organisieren können.

Die Carbon-Management-Strategie hat sich erstmalig in Deutschland, auch europaweit konzeptionell mit diesen Fragestellungen beschäftigt, herausgearbeitet, was wir tun müssen, um diesen Weg erfolgreich zu gestalten. Dadurch entstehen auch Bedarfe, um die wir uns dann künftig kümmern müssen.

Ich möchte da einen Punkt rausgreifen, der für mich sinnbildlich ist, wo der Nutzen solcher vorausschauenden Betrachtungen hilfreich ist. Wir reden bei der Klimawende vielfach von dem Transport von Stoffströmen, Wasserstoff, Kohlenstoff, CO₂, die hin und her transportiert werden müssen. Da sind Pipeline-Systeme die Transportmöglichkeiten der ersten Wahl. Wir wissen allerdings noch nicht, wann diese Transformationen stattfinden. Wir wissen nur, das wird irgendwann mit einer irren Dynamik stattfinden. Und dann müssen wir ganz schnell solche Lösungen finden. Unsere Planungssysteme sind aber auf so eine Schnelligkeit nicht ausgerichtet. Wenn wir eine neue Pipeline in die Erde legen wollen, dann brauchen wir zehn Jahre. Das passt nicht zu der Dynamik des Transformationsprozesses, den wir anstreben, den wir brauchen. Vor dem Hintergrund ist es hilfreich, dass wir uns auch hier auf Landesebene Gedanken darüber machen, wie wir dieser Dynamik gerecht werden können, und dann die Voraussetzungen dafür schaffen. – So weit von meiner Seite.

Vorsitzender Georg Fortmeier: Vielen Dank, Herr Mittelstaedt. Das waren knapp über drei Minuten, aber man muss ja zwischendurch auch mal Luft holen. – Dann kommt jetzt auf die Frage der FDP-Fraktion der Verband der Bau- und Rohstoffindustrie, Herr Bengel.

Raimo Bengel (Verband der Bau- und Rohstoffindustrie): Ich muss mich erst mal entschuldigen, versuche aber, unter den drei Minuten zu bleiben. Ich komme aus der stärksten Industrieregion in NRW; das ist in Südwestfalen. Da gibt es nur eine Autobahn, und die Brücke ist wahrscheinlich für fünf Jahre, hoffentlich nur für zweieinhalb Jahre gesperrt. Damit sind wir schon beim Thema. Da sitzen die Hidden Champions der Industrie in Nordrhein-Westfalen. Es ist wirklich schwierig zurzeit. Ich hatte zwei Stunden eingeplant, Herr Klawek, habe es aber trotzdem nicht rechtzeitig geschafft.

Zum Thema: Wir als Verbandsvertreter vertreten alle nichtenergetischen Rohstoffe, also alles außer Öl, Gas, das heißt, Natursteine, Kiese, aber auch die weiterverarbeitende Industrie, Asphalt, Zement, Transportbeton. Die Produkte, die wir in Kieswerken und in Steinbrüchen gewinnen, dienen nicht nur der Bauindustrie – das ist der Hauptanwendungsbereich –, das heißt, Straßen-, Brückenbau, aber auch Hochbau. Das Wohnungsbauprogramm der neuen Bundesregierung sieht 400.000 neue Wohnungen im Jahr vor. Das ist ganz im Wesentlichen Transportbeton, zumindest immer mehrgeschossigen Bau. Die Holzbauweise ist eingeschränkt auf gewisse Geschosshöhen. Das heißt, die gesamte Bauindustrie benötigt unsere Produkte. Aber nicht nur die: Thyssenkrupp – hier um die Ecke – Kalkstein zur Stahlproduktion, Medizintechnik, Quarzwerke in Frechen, Computertechnologie, Glasproduktion. Das heißt, wir sind die Basis der gesamten Wertschöpfungskette.

Wir vertreten auch die Baustoffrecyclingunternehmen. Das heißt, wir haben alle großen Recycler nicht nur in Nordrhein-Westfalen in unserem Verband. Sie sehen mich hier, uns hier – ich habe es im letzten Jahr in der SPD-Fraktion gesagt, auch bei den Grünen, wo ich mit Betriebsräten der IG BCE war – als ein Verfechter für die Recyclingindustrie.

Wir haben bei der Änderung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes Vorschläge vorgelegt, wie Recycling bevorzugt werden kann. Ich habe hier eine Ausarbeitung – seit vier Jahren –, wie man landesrechtliche Vorschriften so ändern muss, damit Recycling stärker zum Einsatz kommt. Das muss man nur abschreiben. Das haben wir bezahlt, haben wir in Auftrag gegeben. Christoph Epping, ehemaliger Landesplaner von NRW, SPD, hat im Kreislaufwirtschaftsgesetz einen Teil hier übernommen. Es gibt landesrechtliche Vorschriften, die man ändern kann.

Also, Primärrohstoffe sind, wenn man das Wohnungsbauprogramm, Straßen-, Brückenbau fokussieren will, weiterhin vonnöten. Recycling muss stärker zum Einsatz kommen. Wir haben insbesondere bei Ausschreibungen Probleme. Ich sage es noch mal: Hier sitzen Verfechter, die gerne dabei helfen. Es wird Sie überraschen: Ich freue mich auch über den SPD-Antrag, denn so können wir das endlich mal diskutieren. Das haben wir in der Fraktion schon gemacht.

Vorsitzender Georg Fortmeier: Vielen Dank, Herr Bengel, für diesen sehr empathischen Vortrag. – Frau Dr. Reuter vom Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft auf die Frage von Frau Kollegin Brems.

Dr. Katharina Reuter (Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft [per Video zugeschaltet]): Gerne nehme ich dazu Stellung. Wir haben in unserer Stellungnahme Hinweise aus der aktuellen Rohstoffstudie vom RWI-Institut aufgezeigt, wo deutlich wird, dass viele Rohstoffe in den Substitutions- und Recycling(*akustisch unverständlich*) in NRW, dass es da eben noch gering ist. Da werden auch schon beispielsweise konkrete Potenziale aufgezeigt, wie zum Beispiel recyclinggerechtes Produktdesign ... Unser Mitgliedsunternehmen Remondis sagt immer, was der Mensch verbindet, das muss er auch wieder trennen können. Natürlich muss man schon am Anfang anfangen, die Produkte so zu gestalten, dass sie im Recycling gut zu verwenden sind, aber

natürlich auch die Ausweitung der Sammlung von Recyclingmaterialien. Das sind Punkte, wo verschiedene Akteure in der Wertschöpfungskette miteinander zusammenarbeiten müssen.

Als Replik zur Stellungnahme des Verbandes unternehmer nrw: Sie halten ja nicht sehr viel von einem speziellen NRW-Ansatz. Aber wir sind fest davon überzeugt, dass es diesen partnerschaftlichen Ansatz zwischen Produzenten und Entsorgern braucht und dass dafür kein Bundesland so prädestiniert wäre wegen der Unternehmensstruktur wie NRW.

Zurück zu den Potenzialen, wo wir noch mehr tun können: Natürlich ist auch in der Verbesserung der Recyclingtechnologie, also an der Stelle Förderprogramme, Ausweitung der technologischen Möglichkeiten, Potenzial da und beim Ausbau von Recyclingkapazitäten.

Für diesen ganzen Bereich Recycling- und Mehrfachnutzung sind die neuen R-Strategien wichtig. Ich werde jetzt gar nicht alle neun aufführen, aber wir können sehen, dass beispielsweise bei Reduce die Wirtschaft schon ganz gut dabei ist, wenn wir uns anschauen, welche Fortschritte wir bei der Materialeffizienz in der Herstellung gemacht haben, weil es natürlich auch im Interesse der Unternehmen liegt, einen geringeren Ressourceneinsatz zu haben. Bei Resell und Reuse, also die Wiederverwendung der Produkte, gibt es auch schon sehr viele Ansätze. Und wir haben zum Punkt Repair, also Reparaturleistung, schon gehört, dass man die Reparaturdienstleistungen von der Mehrwertsteuer befreien könnte, aber das ist natürlich nichts, was auf der Ebene des Bundeslandes gelöst werden könnte. Dafür können Sie sich dann auf der Ebene des Bundesrats einsetzen. Bei Repair und Refurbish gilt es natürlich auch, lokale Strukturen zu fördern, Repair-Cafés auf dieses Thema aufmerksam zu machen.

Was mir bei diesem Thema noch wichtig ist, ist, dass wir tatsächlich schauen, wo der Gradmesser bei nachhaltigen zirkulären Lösungen im Recycling ist. Lassen Sie uns immer auf den Energieaufwand schauen, weil wir wissen, dass das chemische Recycling für Kunststoffe schlecht abschneidet. Insofern legen wir stark ans Herz, immer zu schauen: Das mechanische Recycling ist eine Lösung. Das ist verfügbar, ressourceneffizient. Das sollte man in NRW viel stärker ertüchtigen. Für das chemische Recycling gibt es eben sechs Bedingungen, die auf europäischer Ebene mal festgelegt wurden, wo man sagt: Das kann man machen, wenn das Nettokohlenstoff positiv ist, für ansonsten nicht verwertbare Rückstände verwendet wird und natürlich die Kosten die Abfallhierarchie widerspiegeln.

Lassen Sie mich mit dem Plädoyer abschließen, dass wir nicht nur mit Design für Recycling im Kopf an die Sache herangehen, sondern zum Beispiel auch mit Design for Reusing.

Vorsitzender Georg Fortmeier: Vielen Dank, Frau Dr. Reuter. – Damit Herr Klawek auf die Frage von Herrn Loose.

Constantin A. Klawek (NE-Metalle Alex Klawek GmbH): Sie fragen nach neuen Genehmigungen für neue Werke und Anlagen im Bereich der Branche Recycling. Dazu kann ich nur sagen: In unserer Region ist es mittlerweile verdammt schwierig, neue Genehmigungen zu bekommen, gerade wenn es um Immissionsschutzgenehmigungen, also BImSch-Genehmigungen, geht. Gerade weil wir dicht besiedelt sind – NRW ist ja sehr dicht besiedelt –, ist es erst mal schwierig, neue Flächen zu bekommen, die der Größe für Recyclinganlagen entsprechen, denn wir brauchen nun einmal Platz für die Maschinen. Darüber hinaus muss man, wenn man mal so eine Fläche hat, erst mal eine Genehmigung bekommen. Da kann ich aus eigener Erfahrung sagen: Als wir unseren Platz nur um eine kleine Fläche erweitern wollten, hat es für eine kleine BImSch-Genehmigung schon drei Jahre gedauert.

Wir sind in einem Gewerbemischgebiet. Wenn wir da zum Beispiel eine Altgenehmigung nicht mehr hätten, dann wäre es da nicht mehr möglich, Recycling zu betreiben. Deswegen ist es schwierig, neu in den Markt hineinzukommen. Es ist schwer, sich in dieser Region zu vergrößern, wenn man nicht auswandern möchte.

Wenn man diese ganzen Voraussetzungen erfüllt hat und eine Recyclinganlage errichten möchte, zum Beispiel einen Schredder kaufen, sei es sogar einen mobilen Schredder – das ist ja auch schon in der Diskussion – ... Wenn man mal von einem festen Schredder ausgeht und den installiert, dann rutscht man in Immissionskriterien hinein, dass man erst (*akustisch unverständlich*) eingestuft wird, und dann hat man ganz andere Probleme mit seiner genehmigten Fläche.

Ein anderes Beispiel ist, wenn wir jetzt gar nicht über die Genehmigung oder Immissionsbedingungen für neue Werke und Anlagen reden, sondern über die Genehmigung für Transporte von Recyclingmaterial, zum Beispiel Alu, Alugiesreste metallisch aus der Giesindustrie: Wir haben mittlerweile die Auflage bekommen, dass wir nicht mehr als 10 t pro Tag fahren dürfen. Da stellt sich mir die Frage: Was bringen diese limitierten Auflagen, wenn ich meine Auslastung im Lkw gar nicht habe? Ich fahre dann mit 10 t durch die Gegend, fahre dann am nächsten Tag wieder, um 10 t abzuholen. Ich muss dann bei mir auf dem Platz warten, bis ich meine Mengen zusammenbekomme, um die Qualitäten aufzubessern, damit ich das wieder zum Werk schicken kann, damit es dann eingeschmolzen werden kann, denn es ist ja eins zu eins Recycling. Wir müssen ja Qualitäten erst mal herstellen. Wir haben da verschiedene Qualitäten an Giesresten, die reinkommen. Da stellt sich mir die Frage, was diese Limitierungen sollen, gerade weil es nach Abfallrecht und als gefährlicher Stoff eingestuft ist. Sie kennen ja Giesreste. Das macht für mich wenig Sinn. Da wäre mal in der Zukunft zu schauen, wo man da ein bisschen straffen könnte oder solche irrsinnigen Regelungen streichen könnte, weil wir Schwierigkeiten haben, das Unternehmen so zu steuern, dass wir jeden Tag unendlich durch die Gegend fahren, um die Mengen einzuhalten.

Das war zu den Immissionsbedingungen.

Vorsitzender Georg Fortmeier: Vielen Dank, Herr Klawek. – Dann kommen wir jetzt zur dritten Fragerunde. Kollege Bell für die SPD-Fraktion hat sich gemeldet.

Dietmar Bell (SPD): Ich nehme jetzt mal den Ball von Herrn Benger direkt auf, den er mir zugeworfen hat. In Ihrer Stellungnahme ist relativ deutlich erkennbar, dass Sie die Frage der Ausschreibungen und der öffentlichen Hand durchaus als einen starken Hebel zum Einsatz von Rezyklaten betrachten. Würden Sie noch mal etwas intensiver ausführen, was aus Ihrer Sicht notwendig wäre – wir haben hier ja schon einiges gehört –, um die Rolle und Bedeutung der öffentlichen Hand stärker in den Fokus zu rücken?

Vorsitzender Georg Fortmeier: Vielen Dank, Herr Bell. – Für die CDU-Fraktion Herr Abgeordneter Tigges.

Raphael Tigges (CDU): Meine Frage geht an Dr. Gerhardt. Wir haben wahrgenommen, das Circular Valley ist zweifelsfrei eine sehr spannende Initiative und sicherlich auch beispielgebend für das Land. Es wird ja auch vom Land gefördert. Meine Frage geht dahin: Vielleicht können Sie einmal erläutern, wie das Konzept des Circular Valley aussieht, wo Sie die Chancen für NRW sehen und wie die Resonanz der Unternehmen und der Wissenschaft auf diese Initiative ist.

Vorsitzender Georg Fortmeier: Vielen Dank. – Für die FDP-Fraktion Herr Kollege Brockes.

Dietmar Brockes (FDP): Meine Frage geht an Herrn Schüller von unternehmer nrw. Ich wüsste gerne, welche Maßnahmen aus Ihrer Sicht bei der Etablierung der Kreislaufwirtschaft Priorität haben sollten.

Ich würde auch gerne Ihre Bewertung zu dem Antrag der SPD hören, ob das dargelegte Maßnahmenbündel aus Ihrer Sicht ausreichend ist oder welche Punkte dort noch fehlen.

Vorsitzender Georg Fortmeier: Vielen Dank, Herr Brockes. – Frau Kollegin Brems für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Wibke Brems (GRÜNE): Ich habe noch mal eine Frage an Frau Dr. Reuter. Sie unterstützen ja die Einrichtung eines Kompetenzzentrums, insbesondere zum Austausch. Jetzt stellt sich vielleicht jeder etwas anderes unter einem Kompetenzzentrum vor. Können Sie einmal darstellen, was das bedeutet? Ist das auch etwas, was aus der Branche selber kommen kann, oder braucht es da eine Unterstützung von politischer, landespolitischer Seite?

Sie gehen dann auch darauf ein, dass es da insgesamt um sehr partizipative Strukturen geht. Da wäre die Frage: Wie kann man diese Partizipation erreichen, um die Ziele hinzubekommen? Auch das ist ja wieder etwas, worunter sich vielleicht verschiedene Leute Unterschiedliches vorstellen.

Vorsitzender Georg Fortmeier: Vielen Dank, Frau Brems. – Für die AfD-Fraktion Herr Abgeordneter Strotebeck.

Herbert Strotebeck (AfD): Ich habe eine Frage an den Verband der Bau- und Rohstoffindustrie. Warum wird bei uns nicht häufiger das Verfahren des sogenannten Kaltrecyclings eingesetzt? Das würde doch ganz erhebliche Logistikaufwendungen vermeiden, und außerdem ist doch das Kaltrecycling eigentlich für den Straßenbau ideal nach meiner Meinung.

Vorsitzender Georg Fortmeier: Vielen Dank. – Dann steigen wir in die Antwortrunde ein. Für die SPD-Fraktion soll Herr Benger antworten für die Bau- und Rohstoffindustrie.

Raimo Benger (Verband der Bau- und Rohstoffindustrie): Ich freue mich schon wieder über die Frage. Wir haben viel Zeit damit verbracht, im Verkehrsministerium, im Bauministerium zu sitzen, um zu sagen: Bitte sorgt dafür, dass neutral ausgeschrieben wird, das heißt, nicht nur Primärrohstoffe, sondern auch Recyclingrohstoffe. – Hendrik Wüst hat dafür gesorgt, dass das bei Straßen.NRW passierte. Dann gibt es aber große Kommunen, die selbst ausschreiben, die früher nicht über Straßen.NRW liefen. Das war immer problematisch.

Dann haben wir uns vor vier Jahren entschlossen, dieses Gutachten von Heinemann & Partner in Auftrag zu geben. Das hat viel Geld gekostet. Ich habe dies damals der Politik komplett überreicht, Landesebene, Bundesebene, und gesagt: Hier steht drin, was ihr im Vergaberecht ändern könnt, damit Recycling gleichmäßig ausgeschrieben wird. – Das ist ja nur ein Vorschlag. Wir waren wirklich verzweifelt. Was ist passiert? – Christoph Epping, jetzt Unterabteilungsleiter im Bundesumweltministerium, für Kreislaufwirtschaft zuständig, hat es aufgegriffen. Er hat ins Kreislaufwirtschaftsgesetz eine Formulierung aufgenommen, dass Recyclingbaustoffe bevorzugt auszuschreiben sind.

Ich gehe einen Schritt weiter – das habe ich Herrn Epping auch zwischen den Jahren noch mal gesagt –: Ich würde so weit gehen, zu sagen, einen subjektiv rechtlichen Anspruch zu begründen für Unternehmen der Recyclingbranche, wenn sie bei Ausschreibungen nicht vorkommen, das heißt, dass sie klagen können. Denn so ist das ein stumpfes Schwert. Das war aber auf Bundesebene zwischen den Ministerien nicht anders durchsetzbar. Selbst dahinter stehen wir.

Hier sind viele landesrechtliche Vorschriften drin. Wir Verbandsvertreter machen nur Vorschläge. Aber Sie können das nehmen. Ich würde es im Nachgang auch noch mal zur Verfügung stellen, wenn das geht, online. Ich werde es Ihnen gleich in die Hand drücken. Sie müssen das nur übernehmen, also, Sie müssen nicht, Sie können. Dann wären wir viel weiter. Das ist auch in Abstimmung mit anderen Recyclingorganisationen erfolgt.

Ich muss Ihnen aber auch sagen: Selbst wenn das alles umgesetzt wird und wir endlich 100 % der verfügbaren Recyclingmaterialien im Kreislauf haben, bleibt noch eine ganze

Menge für die Primärrohstoffe. Das will ich auch noch mal deutlich sagen. Denn wir sind bei der Recyclingquote bei über 90 %.

Vorsitzender Georg Fortmeier: Vielen Dank, Herr Bengler. Gerne können Sie uns das digital zur Verfügung stellen. Senden Sie es ans Ausschussekretariat, an Herrn Schröder, und dann wird es weiterverteilt, oder überreichen Sie es im Original an Herrn Bell.

Jetzt auf die Frage von Herrn Tigges von der CDU-Fraktion Herr Dr. Gerhardt.

Dr. Carsten Gerhardt (Circular Valley): Herzlichen Dank für die Frage, Herr Tigges.

Die Bedeutung der zirkulären Wirtschaft ist ja aus allen Einlassungen hinreichend hervorgegangen. Uns ist aufgefallen, dass es für dieses Thema keinen globalen Hotspot gibt. Es gibt für so viele andere Themen einen Ort, wo alle Enthusiasten des Themas hingehen. Wenn sie digital machen wollen, gehen sie ins Silicon Valley, wenn sie Financial Engineering machen wollen, landen sie in London, wenn sie gründen wollen, gehen sie nach Berlin, aber wo kommen denn die Menschen zusammen, die Circular Economy betreiben? Wir haben den Ort nicht gefunden und deswegen gesagt: Schauen wir mal, wo er hinpassen könnte.

Herr Mittelstaedt und Frau Reuter hatten eben schon gesagt, eigentlich ist diese Region hier optimal dafür, denn es gibt hier fünf Standortfaktoren, die nirgendwo anders zusammenkommen, nämlich die größte Dichte an Industrien der unterschiedlichsten Branchen, Vertretung von allen Wertschöpfungsketten. Das haben wir hier. Es ist in Europa der Hauptort der Recyclingindustrie. Nirgendwo haben Sie derart viele Unternehmen der Recyclingbranche wie in unserer Region. Es ist ferner weltweit die Region mit der größten Dichte an wissenschaftlichen Einrichtungen. Einige sind ja hier vertreten. Daneben ist es ein absolut kosmopolitischer Ort, egal woher Sie kommen. Das zeigt unser aktuell laufender Circular-Economy-Accellerator, wo wir Teilnehmer aus Vietnam bis Ecuador haben, gerade aktuell in Wuppertal. Last but not least ist hier der Ort der ersten und zweiten industriellen Revolution. Hier ist der Stein mal ins Wasser geworfen worden. Hier ist der Geist der linearen Wirtschaft aus der Flasche gelassen worden. Deswegen sagen wir: Lass ihn doch hier wieder einfangen. So viel zum Konzept und zu den Chancen, gewissermaßen dort, wo es losgegangen ist – Ratingen, Cromford Fabrik, die erste Fabrik auf dem europäischen Kontinent –, auch jetzt die fünfte industrielle Revolution zu starten. Das erfährt eine ganz fantastische Resonanz. Sie hatten nach Wissenschaft und Wirtschaft gefragt. Wir haben die renommiertesten wissenschaftlichen Institute der Region, Wuppertal Institut, RWTH Aachen, die Fraunhofer Institute, Max-Planck-Gesellschaften, mit an Bord und daneben über 50 Unternehmen der Region, von den ganz großen wie Bayer über die Mittelständler bis hin zu den wirklich vielen Hidden Champions.

Von daher freuen wir uns sehr, dass Sie als Politik und die Landesregierung das schon im letzten Jahr so fantastisch unterstützt und uns die Gelegenheit gegeben haben, Menschen aus aller Welt herzuholen, die an den Themen arbeiten.

Vorsitzender Georg Fortmeier: Vielen Dank, Dr. Gerhardt. – Dann Herr Schüller für die Beantwortung der Frage von Herrn Brockes.

Alexander Schüller (unternehmer nrw): Herr Brockes, Sie haben nach Prioritäten und möglichen Lücken bei Maßnahmen gefragt. Als erste Priorität, bevor man neue Akzente setzt, wäre es schon mal sehr hilfreich, das Kreislaufwirtschaftsgesetz ganz streng anzuwenden. § 6 Abs.1, die Abfallhierarchie, ist den meisten sicherlich sehr geläufig. Top 1 ist hier die Abfallvermeidung, also den Abfall erst gar nicht entstehen zu lassen. Das sollte auf Umsetzungsebene als erstes erfolgen. Und dann – auch mit Blick auf den Antrag – sollte die Abfallhierarchie konsequent von erster bis fünfter Stufe durchgesetzt werden. Das ist aus unserer Sicht ganz entscheidend.

Stichwort „Abfallvermeidung“: Da wäre es sicherlich gut, zunächst mal die Vermeidungspotenziale komplett auszuschöpfen. Das betrifft nicht nur Unternehmen, sondern auch Verbraucher. Das betrifft jedermann. Durch Abfallberatung, Sensibilisierung der Verbraucher kann hier sicherlich noch einiges getan werden. Unternehmen machen da schon einiges. Öffentlich-rechtliche Entsorger haben da auch eine gewisse Mitverantwortung.

Zum Nutzen, was das Kreislaufwirtschaftsgesetz anbietet: § 4, Abgrenzung Abfall und Nebenprodukt, ist ein sehr guter Hebel. Da geht es um die Frage: Handelt es sich bei dem entstandenen Stoff um ein Abfall oder um ein Nebenprodukt, also um ein Wertstoff? Nebenprodukte, die bei Produktionsverfahren entstehen können, sind zum Beispiel Schlacke, Sägespäne, aber auch Wasserstoff, Filterstaub. Das ist kein Abfall, sondern das sind Wertstoffe. Mit diesen Stoffen können die Unternehmen wirtschaften, was natürlich besonders interessant ist. Hier wird noch mal deutlich: Selbst der Gesetzgeber geht davon aus, dass Nebenprodukte, die im Produktionsverfahren entstehen, kein Abfall sind, also nicht in Richtung Wertlosigkeit gehen, sondern Nebenprodukte sind Wertstoffe. Wie in der ersten Runde schon erwähnt, das Kreislaufwirtschaftsgesetz ist ein Bundesrecht, aber auf Vollzugsebene haben wir noch erhebliche Möglichkeiten. Unser Petitum ist, die Maßnahmen, die möglich sind, die uns das Bundesrecht gibt, konsequent anzuwenden.

Dann zu den Maßnahmen, also was es braucht, um der Kreislaufwirtschaft einen Schub zu geben: Das ist schon in anderen Antworten deutlich geworden. Die Nutzung von Sekundärrohstoffen ist ein wichtiger Beitrag in Richtung der Transformation. Insofern sprechen wir uns klar dafür aus, dass auch die Nutzung von Sekundärrohstoffen in Förderrichtlinien Einzug finden muss. Es muss also ein Anreiz bestehen, verstärkt Sekundärrohstoffe zu verwenden. Hier bieten sich Finanzierungen von einzelnen Projekten an, um Vorbildcharakter zu erzeugen.

Aus Sicht der Wirtschaft ist sehr wichtig, dass man ganz klare Zielvorgaben in die Welt setzt. Jedermann spricht von Circular Economy, von Kreislaufwirtschaft und davon, wie wichtig das ist, aber klare Zielvorgaben von Wirtschaft, Politik und Verwaltung gemeinsam existieren in der Form nicht. Die Wirtschaft braucht klare Rahmenbedingungen, meinetwegen auch Kennzahlen, die mit der Wirtschaft gemeinsam entwickelt werden, woran man sich orientieren kann.

Anreizsysteme sind bereits angesprochen worden und können sicherlich ein Schritt in die richtige Richtung sein.

Was noch wichtig zu erwähnen ist: Circular Economy ist kein Einzelthema der Wirtschaft, der Umwelt oder der Bauindustrie, sondern es ist ein Querschnittsthema. Das betrifft den kompletten Wirtschaftsbereich. So sollte es aus unserer Sicht auch verstanden werden, dass alle Beteiligten gemeinsam das Thema weiterentwickeln.

Für den Status quo wäre es ganz wichtig, das anzuwenden, was schon auf dem Tisch liegt, insbesondere die schon erwähnte Abfallhierarchie. Darauf aufbauende Maßnahmen sollten gemeinsam entwickelt werden.

Vorsitzender Georg Fortmeier: Vielen Dank, Herr Schüller. – Jetzt kommt Frau Dr. Reuter auf die Frage von Frau Brems.

Dr. Katharina Reuter (Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft [per Video zugeschaltet]): Der SPD Antrag gibt Innovation, Unternehmensgründung, Vernetzung als Hauptziel für das Kompetenzzentrum an. Wir unterstützen das und sehen in dem Kompetenzzentrum die Möglichkeit, eine Plattform zu schaffen, wo die Interessengruppen zusammengeführt werden: Man sieht es ja auch schon hier in der Anhörung: Die Interessen gehen eben doch ein Stück weit auseinander an mancher Stelle. Das heißt, Unternehmerinnen und Unternehmer, Akteure aus der Wissenschaft, Zivilgesellschaft, aber auch Initiativen wie Circular Valley, Wuppertal Institut oder auch der Circular Hub West vom Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft, der dieses Jahr startet, bekommen hier die Möglichkeit zum Austausch.

Ein Beispiel, Frau Brems: Ganz oft weiß ein Unternehmen gar nicht, dass sein vermeintlicher Abfall der Rohstoff für einen anderen Betrieb sein kann. Solche Schnittstellen können beispielsweise in so einem Kompetenzzentrum identifiziert werden.

Ein anderes Beispiel: Wir bekommen sehr viele Anfragen aus der Wirtschaft: Wie geht das eigentlich mit der Kreislaufwirtschaft? Wie kann ich mein lineares Geschäftsmodell auf ein zirkuläres Geschäftsmodell umstellen? Auch hier würden wir in so einem Kompetenzzentrum die Funktion sehen, Antworten zu bündeln und quasi zentrale Anlaufstelle zu sein.

Von daher befürworten wir diese explizite Einbindung der verschiedenen Akteure und würden darum bitten, neben Umweltverbänden und zivilgesellschaftlichen Akteuren auch die Verbraucherschutzverbände dazu zu nehmen. Wir haben gerade in einem gemeinsamen Projekt mit dem CSCP gesehen, dass da die Rolle der Verbraucherinnen und Verbraucher nicht unterschätzt werden darf, wenn wir weiterkommen wollen, gerade wenn es darum geht, Abfall nicht entstehen zu lassen. Und natürlich müssen die kommunalen Betriebe – Stichworte „Erfassung“, „Sammlung“, „Sortierung“ – von Anfang an in die Konzeptionsphase von dem Kompetenzzentrum mit einbezogen werden.

Bereits angeklungen ist das riesige Potenzial der öffentlichen Beschaffung, was wir hier eigentlich für einen tollen Hebel haben, aber natürlich ist noch sehr viel Luft nach oben. Der Rechnungshof hat dargelegt, dass jede zweite Beschaffungsentscheidung

nicht nach nachhaltigen Kriterien erfolgt. Von daher haben wir gemeinsam noch Luft nach oben.

Um das massive Potenzial in der Kreislaufwirtschaft voranzubringen, braucht es die entsprechende Qualifizierung des Personals. Das wäre ein weiterer Baustein für das Kompetenzzentrum, das man sagen kann: Natürlich finden die Akteure aus der öffentlichen Beschaffung da kompetente Antworten, wenn sie sich genau anschauen wollen, wie man den Anteil der nachhaltigen Beschaffung nach oben bringen kann.

Vorsitzender Georg Fortmeier: Vielen Dank, Frau Dr. Reuter. – Dann Herr Bengler für die Antwort zur Frage von Herrn Strotebeck.

Raimo Bengler (Verband der Bau- und Rohstoffindustrie): Jetzt sitzt hier nur ein schlichter Jurist, der eine technische Frage beantworten muss, aber ich versuche es trotzdem mal, zumal ich da unvorbereitet bin.

Ich würde hier genauso antworten, als wenn mir jemand hier die Frage stellen würde: Woran scheitert es noch, dass Recycling zum Einsatz kommt, außer dass die Ausschreibungen fehlen? Das sind nämlich technische Vorgaben. Also, falls die Frage noch kommt, mache ich dazu gerne Ausführungen. Das vielleicht mal als Wink. Da gibt es viele technische Vorschriften, die es teilweise unmöglich machen. Zum Beispiel ist es beim Recycling so, dass in Wasserschutzzonen, auch in der 3, überhaupt nichts geht. Wenn wir güteüberwachte Stoffe nehmen, wäre es aus meiner Sicht kein Problem. Da können wir noch mehr Recycling einsetzen, denn da habe ich ja schon die Überwachung, muss noch ins Genehmigungsverfahren.

Zum Kaltasphalt: Ich habe das Wochenende und den Montag damit verbracht, über Bitumen zu reden, denn durch den Ausstieg aus der Ölproduktion wird als Abfallprodukt künftig Bitumen fehlen. Da stellt sich die Frage der Importe. Es waren Gäste aus dem Großraum Dubai, Iran usw. da, um zu gucken, wie man das künftig decken kann. Ich habe gelernt: Da braucht man nur 120 Grad für Bitumen in Deutschland, in Europa 170 Grad, Asphaltproduktion, Klebstoff.

Deswegen, Kaltasphalt: Das sind mit Sicherheit – ich müsste aber noch nachliefern – technische Vorschriften. Denn jeder Unternehmer, der die Möglichkeit hat, das einzusetzen – ich argumentiere jetzt mal logisch –, wird das tun, weil er weniger Aufwand hat. Da liefere ich aber gerne noch mal nach, weil ich zwar schon eine Zeit lang in der Branche, aber nicht der Experte in technische Detailfragen bin.

Vorsitzender Georg Fortmeier: Vielen Dank, Herr Bengler. Sie können das gerne nachliefern über den bekannten Weg, über Herrn Schröder, oder direkt zu Herrn Strotebeck, aber besser über Herrn Schröder, dann haben wir es nämlich alle.

Dann starten wir die nächste Fragerunde. SPD-Fraktion, Kollege Bell, bitte schön.

Dietmar Bell (SPD): Meine nächste Frage geht an Herrn Wilts. Sie haben in Ihrer Stellungnahme den Standort Nordrhein-Westfalen bewertet und geschrieben:

„Es zeigt sich jedoch auch, dass viele der damit verbundenen Synergiepotentiale noch nicht ausreichend genutzt werden; limitierende Faktoren waren hier in der Vergangenheit z. B. die Verfügbarkeit von Risikokapital oder auch die Koordination der verschiedenen Forschungsstrategien. Hierzu gibt es beispielsweise mit dem Runden Tisch Zirkuläres Wirtschaften oder dem Venture Circle der NRW.BANK erste Ansätze, die aber noch entsprechend skaliert werden müssten, um die zirkuläre Wirtschaft als echte Alternative zur Linearwirtschaft zu etablieren.“

Sie begrüßen dann eine umfassende Kreislaufwirtschaftsstrategie. Mir wäre jetzt noch mal wichtig, dass Sie kurz herausarbeiten, was Inhalt dieser Kreislaufwirtschaftsstrategie sein müsste, damit diese aus Ihrer Sicht tragfähig wäre.

Vorsitzender Georg Fortmeier: Vielen Dank, Herr Kollege Bell. – Für die CDU-Fraktion Dr. Untrieser.

Dr. Christian Untrieser (CDU): Die nächste Frage geht an Herrn Schüller. Sie schreiben, dass Sie einen nordrhein-westfälischen Sonderweg mit landeseigenen Vorschriften ablehnen. Können Sie einmal konkreter darlegen, wo Sie die Risiken eines solchen Sonderwegs sehen und warum zirkuläre Wertschöpfung, Wirtschaft eher in europäische und nationale Vorschriften eingebettet werden muss?

Vorsitzender Georg Fortmeier: Vielen Dank, Dr. Untrieser. – Dann für die FDP-Fraktion Kollege Brockes.

Dietmar Brockes (FDP): Ich würde gerne die nächste Frage an Herrn Mittelstaedt richten, die ich eben auch schon an unternehmer nrw gestellt habe, wo Sie beim Aufbau der zirkulären Wertschöpfung die Prioritäten setzen würden. In dem Zusammenhang erwähnen Sie in Ihrer Stellungnahme das Exzellenzzentrum für zirkuläre Kunststoffwirtschaft im Rheinischen Revier. Da würde mich interessieren, welche Rolle dies aus Ihrer Sicht dabei spielen könnte.

Vorsitzender Georg Fortmeier: Vielen Dank, Herr Brockes. – Dann für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Kollegin Brems.

Wibke Brems (GRÜNE): Ich habe noch eine Frage an das Ecologic Institut. Sie heben bei dem Thema die Erarbeitung einer umfassenden Landesrohstoffstrategie hervor. Wir haben jetzt mehrmals gehört, dass die Landesregierung da an etwas arbeitet. Von daher ist es natürlich spannend, was auch Ihre Aspekte dabei sind. Sie setzen da ja auf klare Zielsetzungen, Instrumente und Dialog. Da fände ich es spannend, wenn Sie das noch mal ein bisschen ausführen könnten, was Sie für konkrete klare Zielsetzungen für NRW als wichtig anerkennen würden.

An anderen Stellen gehen Sie auf einen partizipatorischen Ansatz ein. Auch da wäre die Frage: Ist das auch etwas, was man quasi in so einer Rohstoffstrategie oder auch als Maßnahme auch schon mit aufgreifen sollte, oder wie würden Sie das miteinander in Verbindung sehen, oder sind das für Sie zwei unterschiedliche Ansätze?

Vorsitzender Georg Fortmeier: Vielen Dank. – Herr Abgeordneter Loose für die AfD-Fraktion.

Christian Loose (AfD): Meine Frage geht an Herrn Klawek. Ihr Unternehmen ist ja seit mehreren Jahrzehnten am Markt. In verschiedenen Gutachten wird immer wieder hervorgehoben, dass man Abfall vermeiden soll, möglichst sortenrein sortieren soll. Kennen Sie Beispiele, wo das in der Praxis funktioniert? Gibt es Systeme, wo Recyclingunternehmen mit verarbeitenden Betrieben zusammenarbeiten, für eine sortenreine Sortierung sorgen? Ist dafür ein staatlicher Eingriff nötig, oder funktioniert das bereits jetzt am Markt?

Vorsitzender Georg Fortmeier: Vielen Dank, Herr Loose. – Dann steigen wir in die Beantwortung ein. Zunächst Herr Dr. Wilts.

Dr. Henning Wilts (Wuppertal Institut): Ganz herzlichen Dank für die Frage, denn das ist genau der springende Punkt. Wir sind uns alle einig, wir sollen Kreislaufwirtschaft werden. Wir sehen, wenn wir uns Kernindikatoren angucken, zum Beispiel der Europäischen Kommission, dass wir bundesweit stagnieren, dass wir auch in Nordrhein-Westfalen nicht die große Ausnahme sind. Also, riesiges Potenzial.

Die Frage ist: Wie kommen wir in die Umsetzung? Da ist aus meiner Sicht eine solche integrierte Kreislaufwirtschaftsstrategie ein ganz zentraler Bestandteil. Wir haben jetzt hier viel über das Kreislaufwirtschaftsgesetz gesprochen. Es ist auch absolut notwendig, das anders umzusetzen, stringenter, es an einzelnen Stellen anzupassen, aber ich bin fest davon überzeugt, wir werden alleine mit dem Abfallrecht die Kreislaufwirtschaft nicht umsetzen können. Von daher brauchen wir eine Strategie, die in erster Linie Ziele definiert und festlegt, woran wir den Fortschritt messen wollen. Wir haben Recyclingquoten. Die sind notwendig, um Dinge nicht wild zu entsorgen, sondern das nach gesicherten Verfahren zu machen, aber wir haben bisher sowohl auf NRW-Ebene als auch auf Bundesebene keine definierten kreislaufwirtschaftlichen Ziele, sei es zum Einsatz von Sekundärquoten, sei es im Bereich Innovation, sei es im Bereich Finanzierung. Ich glaube, das ist ganz zentral, damit sich auch die Industrie darauf einstellen kann, wohin man 2030, 2050 mit dem Thema will.

Zweiter Punkt, der in so einer Strategie definiert werden müsste, ist die Frage der Verantwortlichkeit. Wir haben heute schon viel über Dinge geredet, die im Bereich der Umweltministerien liegen, aber wir sehen, dass das Thema eigentlich genauso in die Wirtschaftsministerien, in die Finanzministerien, in die Arbeitsministerien, in die Verkehrsministerien muss. Wir sehen auch hier wieder eigentlich über alle Bundesländer hinweg und auch auf Bundesebene immer wieder unterschiedliches Verständnis vom

Konzept, unterschiedliche Ziele, unterschiedliche Priorisierungen. Da ist es dann sowohl für den Verbraucher als auch für die Unternehmen nachvollziehbar, dass da eine ziemliche Konfusion herrscht: Wo soll man eigentlich anfangen? Was sind die wirklich zentralen Punkte?

Der dritte Punkt, der mich zunehmend umtreibt, ist die Frage der Finanzierung. Wir sehen, dass es für ganz viele der wirklich tollen Geschäftsmodellideen, die zum Beispiel im Circular Valley entwickelt werden, weder Risikokapital noch Standardfinanzierungsmechanismen gibt, weil nicht klar definiert ist: Was sind die Risiken? Wie sieht das Marktpotenzial in Zukunft aus? Ich glaube, das sind Punkte, die in einer solchen Strategie definiert werden müssten. Das ist die Riesenchance, die wir in NRW haben, hier wirklich wieder Vorreiter zu werden. Wir sehen das in Flandern, wir sehen das in den Niederlanden. Die haben solche Strategien vor fünf Jahren entwickelt, und das sind die, die heute insgesamt als die Vorreiter betrachtet werden. Da ist es für uns fünf vor zwölf, wenn wir hier nicht den Anschluss verlieren wollen.

Vorsitzender Georg Fortmeier: Vielen Dank, Herr Dr. Wilts. – Dann Herr Schüller auf die Frage von Herrn Dr. Untrieser von der CDU.

Alexander Schüller (unternehmer nrw): Herr Dr. Untrieser, Sie haben nach einem NRW-Sonderweg und nach der Einbettung in nationale und europäische Vorschriften gefragt. Wenn man sich mal die europäische Dimension der Kreislaufwirtschaft vor Augen führt, auch vor dem Hintergrund des Green Deal der EU-Kommission, den wir alle kennen, also bis 2050 soll Europa ein klimaneutraler Kontinent werden, gleichzeitig soll die EU dynamischer werden, weltweit wettbewerbsfähig, ressourcenschonend, aber dabei auch noch wachsen ... Das sind natürlich mit Blick auf die Kreislaufwirtschaft ganz erhebliche Vorstellungen, die da artikuliert werden.

Nach Ankündigung der EU-Kommission sind in den nächsten drei Jahren alleine 40 Legislativvorschläge zu erwarten. Das hat natürlich wieder Einfluss auf Produkte, Produktionsweisen, die Wirtschaft allgemein. Die Rechtsakte, die zu erwarten sind – nur mal beispielhaft –: Recht auf Reparatur, Batterieverordnung, Verpackungsrichtlinie, Altfahrzeugrichtlinie, Abfallverbringungsverordnung. Das sind alles Legislativvorschläge, die zumindest mal angekündigt sind. Da werden sich natürlich noch erhebliche Umsetzungsfragen stellen. Was ich mit dem Hinweis in der Stellungnahme zum Ausdruck bringen möchte, ist, dass wir in rechtlicher Natur einen Sonderweg in Nordrhein-Westfalen schwierig sehen. Wenn Sie als nordrhein-westfälischer Gesetzgeber hier noch überschießende Regelungen aufnehmen, sehen wir das schon kritisch.

Die Rechtsakte, die auf EU-Ebene erlassen worden sind und zu erwarten sind, gilt es natürlich umzusetzen, aber es ist natürlich die Frage – das auch als kleine Replik auf Frau Dr. Reuter ... Ein partnerschaftliches Miteinander zwischen Erzeugern und Verwertern ist ganz selbstverständlich und auch Alltag in Nordrhein-Westfalen. Daraus können sich sicherlich Impulse für die Bundesebene, vielleicht auch in europäischer Dimension ergeben. Was wir aber nicht für sinnvoll erachten, sind Alleingänge von Nordrhein-Westfalen. In der Vergangenheit hat man an der einen oder anderen Stelle

gesehen, dass Nordrhein-Westfalen Vorschriften besonders streng umgesetzt hat und damit einen landeseigenen Sonderweg gegangen ist. Das ist nicht sinnvoll. Das schwächt eher Nordrhein-Westfalen.

Man muss dazu sagen: Innerhalb Deutschland ist Nordrhein-Westfalen nicht mit den anderen Bundesländern, schon gar nicht mit anderen Ländern innerhalb der EU zu vergleichen. In Nordrhein-Westfalen als Industrieland spielen die Rechtsakte eine ganz besondere Rolle im Vergleich zu anderen Bundesländern und Mitgliedsstaaten. Wir sprechen uns dafür aus, dass die EU-Vorgaben eins zu eins umgesetzt werden, aber weder auf Bundesebene noch auf Landesebene Sonderwege gegangen werden. Mit Blick auf den Masterplan, der im Antrag auch angelehnt ist, weisen wir darauf hin, dass das jedenfalls zu beachten ist, hier keinen rechtlichen Alleingang von NRW heraus zu starten.

Vorsitzender Georg Fortmeier: Vielen Dank, Herr Schüller. – Dann jetzt auf die Frage des Kollegen Brockes von der FDP-Fraktion Herr Mittelstaedt.

Hans-Jürgen Mittelstaedt (Verband der Chemischen Industrie – Landesverband Nordrhein-Westfalen): Die Frage war Prioritätensetzung in NRW. Wir sind der Auffassung, dass Nordrhein-Westfalen da die Prioritäten setzen muss, wo die Gestaltungsmöglichkeiten in NRW bestehen, wo Hebel bestehen. Der besondere Vorteil von NRW liegt in den vielen industriellen Wertschöpfungsketten, die wir hier haben, einschließlich Entsorger, einschließlich Hochschulen. Wie eine lineare Wirtschaft in eine zirkuläre überführt werden kann, ist für die einzelnen Akteure gar nicht ermittelbar. Jeder steht da wie vor dem Mount Everest und weiß nicht, wie er damit umgehen soll. Das Ganze funktioniert nur, wenn alle in der Wertschöpfungskette zusammenarbeiten, wenn alle Stellschrauben am Tisch stehen und man dann gemeinsam überlegen kann, wie man es hinbekommt, von linear hin zu zirkulär zu kommen. Das ist eine sehr komplexe Aufgabe oder unterschiedlich. Bauindustrie ist vielleicht einfacher als Chemie. Chemie ist extrem komplex. Da reden wir von Grundchemiestoffen bis hin zu Kunststoffen im Automobilbau beispielsweise. Deswegen sollte der Fokus aus unserer Sicht darin liegen, hier in NRW Reallabore aufzubauen, wo Akteure konkreter Wertschöpfungsketten zusammenkommen, zirkuläre Konzepte entwickeln und diese in Realität umsetzen und parallel dazu auch die Technologien entwickeln, die sie brauchen, um diesen zirkulären Kreislauf hinzubekommen, sprich Optimierung von Sortiertechnologie, Optimierung von mechanischem Recycling, Entwicklung von chemischem Recycling. Da sind wir etwas anderer Auffassung als Sie, Frau Dr. Reuter, weil wir das chemische Recycling sehr wohl als wichtig ansehen für viele Kunststoffarten, die man ansonsten mit mechanischem Recycling nicht erreichen kann. Insgesamt ist das aus unserer Sicht ein nachhaltiger Weg zur zirkulären Wirtschaft.

Wie gesagt, unserer Auffassung nach sollte sich NRW als Pilotregion platzieren.

Das Exzellenzzentrum für zirkuläre Kunststoffwirtschaft, das Herr Brockes angesprochen hat, ist ein Konzept, das für bestimmte Kunststoffarten diese zirkulären Wege

entwickeln und auch in die Realität umsetzen will, um dann letztlich diese Konzepte weiter auszubreiten.

Noch etwas zu dem Konzept eines übergreifenden Exzellenzzentrums: Darin würde ich den Sinn sehen, eher solche Initiativen zusammenzuführen wie so ein chemiespezifisches oder ein bauspezifisches, dass man halt Fragestellungen, die überall da auftauchen, zusammenbringt und dann versucht, tragfähige Lösungen für die Gesamtheit zu entwickeln.

Vorsitzender Georg Fortmeier: Vielen Dank, Herr Mittelstaedt. – Auf die Frage von Frau Kollegin Brems Frau Langsdorf.

Susanne Langsdorf (Ecologic Institut [per Video zugeschaltet]): Vielen Dank für die Frage. Zur möglichen Zielsetzung für die Landesrohstoffstrategie: Wir sehen es als sehr wichtig an. Herr Wilts hat ja zum Beispiel auch schon angesprochen, dass wir deutschlandweit und in NRW seit Jahren, Jahrzehnten stagnieren. Insofern wäre es natürlich schon sehr wichtig, dass die Landesrohstoffstrategie eine ganz klare Richtung vorgibt, wo man hin will, sei es wenigstens schon mal reinzuschreiben, dass man eine Reduktion möchte, was ja im Grunde jetzt schon im Koalitionsvertrag steht. Jenseits dieses Reduktionsziels wäre es wichtig, auf eine Dynamik einzugehen. Da sind wir momentan auf wissenschaftlicher Seite nicht mehr in den Kinderschuhen. Da passiert momentan ganz viel. Ferner wäre es wichtig, dass man darauf schaut, dass man eben tatsächlich auf den Zirkularitätsgrad und auf die Dynamik schaut, dass man also nicht nur auf bestimmte Zahlen schaut, wo man gerade steht. Die Niederlande machen das gerade ein bisschen vor und entwickeln da ganz viel. Wie stellen wir denn eigentlich fest, wo wir genau stehen? Da entwickeln die auch ein ganz neues Indikatorenset. Da spricht natürlich überhaupt nichts dagegen, sich da was für NRW zu überlegen. Wie viele Unternehmen entstehen denn in NRW jedes Jahr, die man als zirkulär bezeichnen kann? Da liegt natürlich der Teufel im Detail, aber momentan weiß man darüber im Grunde nichts. Insofern wäre es sicherlich sehr sinnvoll, wenn da die Strategie etwas vorgeben würde.

Zu dem partizipativen Ansatz: Herr Mittelstaedt nannte eben das schöne Bild eines Mount Everest, vor dem jeder alleine steht, aber zusammen vielleicht nicht. Da wäre es sicherlich sinnvoll – das muss ich jetzt nicht wiederholen –, die ganzen Akteure im Kreislauf ... Wir sprechen ja nun mal über einen Kreislauf. Da ist es eben schon so, dass in der Vergangenheit der hintere Teil der linearen Kette schon relativ gut verbunden war, wohingegen das Produktdesign erst in den letzten Jahren verstärkt in den Vordergrund gerückt ist. Die müssen natürlich zusammenkommen. Da ist es eben ganz wichtig, alle Akteure einzubinden.

Vorsitzender Georg Fortmeier: Vielen Dank, Frau Langsdorf. – Dann auf die Frage des Herrn Abgeordneten Loose Herr Klawek.

Constantin A. Klawek (NE-Metalle Alex Klawek GmbH): Sie fragen nach möglichen Systemen, die heute schon funktionieren. Darauf kann ich nur antworten: Natürlich funktionieren unsere Systeme heute schon. Als kleines Beispiel: Wir arbeiten viel mit dem produzierenden Metallbereich, der Industrie zusammen, die viel stanzen, drehen, ziehen. Wir haben unser System so weit optimiert, dass wir jetzt mit den Behältern an die Maschinen gehen. Wir stellen nur noch ganz wenige Container auf, weil wir alles direkt an der Maschine abfangen, was als Ausschuss ausfällt. Das wird natürlich sortenreinst abgeholt und eins zu eins getauscht. Wir haben fast keine Sortenvermischung mehr an den Maschinen selber, wenn wir die Möglichkeit haben, bis an die Maschinen zu kommen. Das kommt in unser Lager auch so rein, und wir können es so weiterbehandeln. Das heißt, eigentlich funktionieren die Systeme heutzutage sehr gut. Das ist eigentlich seit Jahren unser Geschäftsmodell.

Wir haben weiterhin optimiert, die Behältergrößen immer an die Maschinen anzupassen. Oder wenn wir zum Beispiel Späne bekommen, die sind immer mit Emulsion behaftet. Da haben wir angeschrägte Behälter, die die Emulsion abfangen, die man ablassen kann, wieder ans Belebbeck zu rückführen kann. Das sind ja Stoffe, die bei der Produktion anfallen und auch recycelt werden sollen. Das heißt, wenn man die auch wieder verwerten kann durch Belebbeck in der Dreherei, dann ist das ja auch ein Riesenstep. Das haben wir soweit optimiert.

Bezüglich der Rohstoffeffizienz bei dem Metalleinsatz der Produkte, wenn wir in Zukunft mehr planen, diese Produkte zu designen und die möglichst rohstoffeffizient zu bauen, müssen wir aufpassen, dass wir nicht zu effizient werden. Wenn wir Kontakte in der Elektroindustrie nur aufsprühen, anstatt das Teil zu verwenden, dann macht es wohl irgendwann ab einem gewissen Grad technologisch oder wirtschaftlich keinen Sinn mehr, diese Dinge zu recyceln. Also, wir müssen aufpassen, dass wir es nicht zu weit treiben. Ich habe nämlich auch Informationen von Firmen, die Kontakte mittlerweile technologisch durch Gold aufsprühen können und gar keine Goldbeschichtung mehr vornehmen, wo man sich dann fragt, ab wie viel Grad es noch Sinn macht, das zu recyceln. Da müssen wir einfach aufpassen, dass wir nicht zu weit gehen.

Aber an sich funktionieren die Systeme heute schon, sind nur nicht so weit verbreitet, weil auch die Investitionen in diese Behälterlogistik, die wir zum Beispiel machen, womit wir schon früh angefangen haben, als die Preise für Behälter noch bezahlbar waren ... Zum Vergleich: Früher haben Sie 200 DM bezahlt. Heute kostet ein Behälter 1.000 Euro. Wir haben jetzt über 4.000 Behälter auf Lager. Diese Investitionen erst mal zu tätigen, ist natürlich schwierig, um dann auch die Sortenreine zu gewährleisten. Deswegen arbeiten viele in dem Bereich, auch größere Unternehmen mit Containern zusammen. Das ist ja mein Bereich, über den ich hier sprechen möchte.

Das sind meine Ansätze zu dem System.

Vorsitzender Georg Fortmeier: Vielen Dank, Herr Klawek.

Dann steigen wir in die nächste Fragerunde ein. SPD-Fraktion schüttelt den Kopf. Keine Frage mehr. CDU-Fraktion? – Herr Kollege Tigges, bitte schön.

Raphael Tigges (CDU): Meine nächste Frage geht an Herrn Dr. Gerhardt von Circular Valley. Bei Ihnen laufen ja viele Stränge zusammen. Sie haben viele Akteure zusammengebunden und hören sicherlich viel aus der Landschaft. Wenn Sie von sich aus sagen, wo die größten Hürden im Aufbau einer funktionierenden Kreislaufwirtschaft sind, welche wären das, auf welcher Ebene würden sich diese am effektivsten überwinden lassen? Wo wäre der konkrete Ansatzpunkt, zu handeln? Wäre das eher aus Sicht der Wirtschaft oder aus Sicht der Politik? Auf welchen Ebenen würden Sie da denken?

Vorsitzender Georg Fortmeier: Vielen Dank, Herr Tigges. – Für die FDP-Fraktion Kollege Brockes.

Dietmar Brockes (FDP): Ich möchte gerne noch mal die Herren von vero fragen. Sie beschreiben in Ihrer Stellungnahme, dass bei der Verwertung von Recyclingbaustoffen technologische und materialphysische Grenzen bestehen. Können Sie uns noch mal näher erklären, welche Konsequenzen sich daraus für die Idee einer funktionierenden Kreislaufwirtschaft ergeben?

Vorsitzender Georg Fortmeier: Vielen Dank. – Bündnis 90/Die Grünen, Frau Kollegin Brems.

Wibke Brems (GRÜNE): Meine Frage geht an das Wuppertal Institut. Ich möchte noch mal auf das chemische Recycling zu sprechen kommen. Frau Dr. Reuter ist ja eben darauf eingegangen und hat das angesprochen. Sie hat das zum einen kritisiert, aber auch gewisse Ausnahmen und Vorgaben angesprochen. Das würde mich bei Ihnen auch interessieren. In Ihrer Stellungnahme haben Sie ja geschrieben, dass es abhängig von Vorgaben ist. Können Sie darauf noch mal eingehen? Was wäre das aus Ihrer Sicht? Unter welchen Maßgaben, an welcher Stelle macht das Sinn? Neben den technischen Grenzen gibt es ja eben auch Dinge, wo bei dem Energieeinsatz irgendwann die Frage ist, wie sehr sich das lohnt.

Vorsitzender Georg Fortmeier: Vielen Dank. – Für die AfD-Fraktion hat sich der Abgeordnete Strotebeck gemeldet.

Herbert Strotebeck (AfD): Ich habe eine Frage an Herrn Klawek. In verschiedenen Gutachten wird ein günstiger Strompreis gefordert, da das Recycling äußerst energieintensiv ist. Ein Gutachten fordert gar einen Industriestrompreis von maximal 4 Cent pro Kilowattstunde. Aktuell liegen die Großhandelspreise für Strom nach der Börse EEX für das nächste Kalenderjahr bei etwa 12 Cent pro Kilowattstunde. Für die Folgejahre soll es bei 8 bis 9 Cent liegen. Ein Großteil der Preise wird durch die Kosten der CO₂-Zertifikate festgelegt. Da drängt sich die Frage auf: Inwiefern sehen Sie durch die massiv gestiegenen Strompreise eine Gefährdung der gesamten Recyclingbranche?

Vorsitzender Georg Fortmeier: Vielen Dank, Herr Strotebeck. – Dann steigen wir in die Antwortrunde ein und beginnen mit Herrn Dr. Gerhardt auf die Frage des Kollegen Tigges.

Dr. Carsten Gerhardt (Circular Valley): Herr Tigges, der Wille zur Zusammenarbeit – das wird auch hier sehr deutlich – ist ungemein hoch. Es ist aber eine große Komplexität in all dem, was wir hier betrachten. Man sieht das daran, wenn man sich allein die CO₂-Debatte anschaut. Da geht es nur um einen Stoff. Also, das Thema „Dekarbonisierung“ ist schon eine Riesenhürde. Wenn wir jetzt in die anderen Stoffströme hineingehen, die ja global weltweit etwa 70 Milliarden t jedes Jahr ausmachen, dann zerfasern die halt in so unendlich viele Einzelstoffströme, die dann auf so viele Arten additiviert werden, dass es sehr schwer ist, Transparenz darüber zu behalten, zu verfolgen, welche Additive in einem Kunststoff sind oder wie unterschiedliche Metalle legiert sind, wenn man sie nicht direkt an der Maschine abfängt. Eine große Herausforderung ist da tatsächlich, Transparenz über die Inhaltsstoffe zu schaffen, Stichwort „Materialpässe“ und Ähnliches.

Eine zweite große Hürde ist aus meiner Sicht die relative Wertlosigkeit über alles dessen, was wir hier sprechen. Wenn man sich die Entwicklung von Werten in unserer Wirtschaft anguckt, dann haben wir den Rohstoff. Das Barrel Öl kostet 100 Euro. Der größte Wertzuwachs von Stoffen findet nach dem Fabrikator und vor dem Laden statt. Da geht es richtig hoch. Deswegen ist das der Bereich, wo auch alle reingehen. Überall fahren jetzt die Flinks und Gorillas rum, weil die genau diese Märkte disruptieren wollen. Da ist das Geld. Das ist eben viel mehr als all das, worüber wir hier reden. Damit müssen wir uns einfach beschäftigen, dass das Thema weniger sexy ist, weil Geld in unserer Wirtschaft eben vielfach leider noch an ganz anderen Stellen liegt.

Vorsitzender Georg Fortmeier: Vielen Dank, Herr Dr. Gerhardt. – Herr Bengler auf die Frage des Kollegen Brockes.

Raimo Bengler (Verband der Bau- und Rohstoffindustrie): Ich freue mich heute richtig über die Fragen der SPD und der FDP, weil ich so die Gelegenheit habe, das aufzuzeigen, wo es noch hapert bei den Resten, die wir noch recyceln können. Neben den Ausschreibungen sind das in der Tat bautechnische und umweltrelevante Vorschriften. Da geht auch noch ein bisschen. RC-Baustoffe enthalten Materialien, die ausgewaschen werden können. Damit eine schädliche Bodenveränderung oder eine Grundwasserverunreinigung ausgeschlossen werden kann, dürfen RC-Baustoffe gewisse Grenzwerte nicht überschreiten. Die Grenzwerte richten sich nach der Qualitätsklasse und dem Verwendungsbereich des RC-Baustoffes. Wenn ich in eine Straße etwas reinfülle, sind das andere Grenzwerte, als wenn ich zum Beispiel im Beton etwas machen will. Im Beton kann ich nur – in Anführungszeichen – gutes Material einsetzen, nämlich aus Betonbruch. Da müssten wir gucken, ob wir da noch irgendetwas machen können, gerade mit umweltrelevanten Vorschriften.

Warum? Ich stelle diese Frage auch immer bei den Primärrohstoffen. Wir wollen ja nicht per se in Wasserschutzgebiete. Das sage ich ganz deutlich. Das Landeswassergesetz ja auch schon mal ein Thema, das wir haben. Wir wollen eine Einzelfallprüfung in diesem Bereich, nicht nur, weil die gesamte Zement- und Kalkindustrie in Wasserschutzgebieten liegt. Die müssten sonst die Produktion einstellen. Das ginge zum Beispiel auch bei RC-Baustoffen. Da habe ich eine Tabuisierung des Einbaus auch in der Zone 3. Warum prüfen wir nicht im Einzelfall, ob da was geht, insbesondere wenn die Produkte güteüberwacht sind, das heißt, von einer akkreditierten Stelle, die alle zwei Jahre staatlich kontrolliert wird, dass sie keinen Bockmist macht, die Garantie bekommen hat, dass das Material in Ordnung ist? Da sind noch Spielräume.

Dann gibt es noch das Thema „stationäre, mobile Anlagen“. Die stationären sind besser.

Konsequenzen: RC-Baustoff ist nicht gleich RC-Baustoff. Es sind die unterschiedlichen bautechnischen und umweltrelevanten Anforderungen zu beachten. Habe ich Straßenerdbau oder Hochbau? Im Beton geht nicht alles nach technischen Vorschriften. Es sind die technischen Möglichkeiten der Aufbereitungsanlagen zu bedenken. Da sind wir massiv dran. Ein Unternehmen, das gerade zu einer abendlichen Diskussionsveranstaltung eingeladen hat, das bei uns auch Mitglied ist, hat mit Forschungsmitteln da schon Fortschritte erreicht. Jetzt müssen wir gucken, ob das klappt, und dann können wir die nächsten Anlagen bauen, wenn das klappt. Das ist ein Pilotprojekt. Das ist abends bei euch. Herr Schneider hat eingeladen. Also, da müssen wir sehen, ob wir das ausdehnen können. Das muss aber erst mal funktionieren bei denen.

Als Letztes sind die regionalen Unterschiede zu beachten bei der Zusammensetzung des Bauschutts, Stichwort „geogener Hintergrund“. Material Z0 ist nicht gleich Z0, wenn nur irgendwelche Parameter anders sind. Das heißt, da gibt es technisch sehr viele Stellschrauben.

Ich würde gerne weiter darüber reden, ob wir nicht bei umweltrelevanten Dingen da auch mal in die Einzelfallprüfung gehen, gerade wenn das Material akkreditiert, zertifiziert wurde und gesagt wurde, das ist ökologisch weitgehend unbedenklich.

Vorsitzender Georg Fortmeier: Vielen Dank, Herr Benger. – Dann auf die Frage von Frau Kollegin Brems Herr Dr. Wilts.

Dr. Henning Wilts (Wuppertal Institut): Vielen Dank für die Frage. Das chemische Recycling ist eine Debatte, die gerade sehr intensiv, sehr emotional bis hin zu ideologisch geführt wird. Aus unserer Sicht muss man da differenziert hingucken.

Erst mal ist das ein Begriff, der sehr viele unterschiedliche, technologisch komplett anders funktionierende Verfahren abdeckt. Da muss man genau hinschauen. Jedes einzelne Verfahren hat seine Chancen und seine Risiken.

Die Chancen sind, glaube ich, relativ klar. Alle Ökobilanzen sagen, das chemische Recycling hat Vorteile gegenüber der thermischen Verwertung, also dem Verbrennen, was für 40, 50 % der Kunststoffe in Deutschland immer noch der Standardfall ist, gerade wenn wir über Kunststoffe aus dem Bau oder aus dem Automobilsektor reden.

Da gibt es Chancen, Dinge im Kreis zu führen, die bisher in der thermischen Verwertung Energie bringen.

Dann gibt es die Risiken. Das ist für mich eine Frage der Rahmensetzung. Zwei Punkte dafür:

Das eine ist: Wir dürfen natürlich über chemisches Recycling kein Alibi für die Hersteller liefern, das Thema „Recyclingfähigkeit“ jetzt ruhen zu lassen. Das sehen wir leider speziell zum Beispiel in der Verpackungsindustrie, die genau weiß, dass sie ab 2030 nur noch recyclingfähige Verpackungen auf den Markt bringen soll, die jetzt anfangen, zu spekulieren: Rettet uns das chemische Recycling, weil wir bis 2030 entsprechende Kapazitäten haben? Da muss völlig klar sein: Das muss über ökonomische Anreize weiterhin getrieben werden, hier Design for Recycling umzusetzen.

Der zweite Punkt: Wir reden hier über Anlagen, die sehr hohe Kapitalinvestitionen erfordern werden. Dann haben wir ein ähnliches Problem wie bei den Müllverbrennungsanlagen. Wenn hier einmal der Input nicht mehr stimmt, dann ist sofort das ökonomische Kalkül da, das zu Preisen anzubieten, die dann vielleicht nicht mehr rentabel sind, die aber immer noch besser sind, als die Anlage halbvoll zu lassen. Da müssen wir genau hinschauen: Wie steuern wir die Stoffströme, dass nicht Dinge in diese Anlagen kommen, die im mechanischen Recycling behandelt werden könnten, sondern dass es tatsächlich nur die Stoffströme sind, die so nicht recyclingfähig sind? Das geht. Dafür haben wir Regularien. Dafür gibt es Möglichkeiten. Aber jetzt einfach zu sagen, chemisches Recycling ist gut oder schlecht, das ist der Sache nicht so richtig dienlich.

Vorsitzender Georg Fortmeier: Vielen Dank, Herr Dr. Wilts. – Dann Herr Klawek auf die Frage von Herrn Strotebeck, AfD-Fraktion.

Constantin A. Klawek (NE-Metalle Alex Klawek GmbH): Einmal zu der Frage zu den Strompreisen: Steigende Strompreise sind für die Industrie und für das Recycling in zweierlei Hinsicht gefährlich, nämlich wenn der Strom zu teuer ist und die Industrie abwandert. Was ich als Beispiel einmal nennen kann: Ich habe befreundete Unternehmer. Die haben auch eine Schraubendreherei. Die haben sich jetzt auf die Suche gemacht und sind in Nordmazedonien fündig geworden und sparen da jährlich 6 Millionen Euro netto an Strom. Da muss man sich einfach mal in die Lage versetzen, wie ich mich entscheiden würde, wenn ich jetzt die Entscheidung treffen müsste. Wenn das viele Leute sagen: „Mir ist das alles egal, ich wandere aus“, dann haben wir irgendwann nichts mehr zu recyceln, weil wir einfach keine Industrie haben, die hier produziert. Das ist noch ein langer Weg, aber man weiß ja nicht, wie schnell sich Leute entscheiden. Ich war sehr überrascht, als ich das gehört habe.

Darüber hinaus ist der Strompreis für uns wichtig, weil unsere Maschinen nicht wenig Strom verbrauchen. Recyclingschredder, Paketieranlagen, Pressen brauchen sehr viel Strom. Deswegen ist vielleicht der steigende Strompreis für uns irgendwann ein Problem. Aber in erster Linie sehe ich das Problem, dass Firmen auswandern.

Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung (90.)

12.01.2022

Wissenschaftsausschuss (80.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

rt

Neben dem Strompreis, wie ich es gerade schon gesagt habe, ist auch der Dieselpreis für uns ein Problem, weil wir maßgeblich für den Transport der ganzen Stoffe verantwortlich sind und den Kreislauf am Laufen halten müssen. Wir sind ja eigentlich eine Spedition und eine Recyclinganlage. Wenn wir nicht da wären, dann wäre der ganze Kreislauf und die Verbindung zwischen diesen ganzen Punkten nicht möglich. Deswegen könnten Strom- und Dieselpreise ein Problem werden. Von daher finde ich das mit den 4 Cent, was im Gutachten gefordert wird, gar nicht so schlecht.

Das ist mein Statement zu den Strompreisen.

Vorsitzender Georg Fortmeier: Vielen Dank, Herr Klawek.

Dann kommen wir zur nächsten Fragerunde. Ich gucke noch mal zur SPD-Fraktion. – Keine weitere Frage. CDU-Fraktion? – Dr. Untrieser, bitte.

Dr. Christian Untrieser (CDU): Ich würde jetzt gerne Herrn Mittelstaedt die Möglichkeit geben, darauf zu replizieren, was das chemische Recycling angeht. Das, was Herr Dr. Wilts dazu gesagt hat, war sehr interessant. Mich würde die Sicht der Chemieindustrie dazu interessieren.

Vorsitzender Georg Fortmeier: Vielen Dank, Herr Dr. Untrieser. – FDP-Fraktion? – Herr Brockes, bitte.

Dietmar Brockes (FDP): Wenn das Fass noch mal aufgemacht wird, dann nehme ich auch die Gelegenheit zu einer letzten Frage wahr, und zwar an unternehmer nrw, Herrn Schüller. Können Sie uns darlegen, welche Rolle das Abfallmonitoring bei der Etablierung einer praxisnahen Kreislaufwirtschaftsstrategie spielt und inwiefern Sie da Verbesserungspotenzial sehen?

Vorsitzender Georg Fortmeier: Vielen Dank, Kollege Brockes. – Frau Kollegin Brems, bitte schön.

Wibke Brems (GRÜNE): Ich hätte jetzt auch Herrn Mittelstaedt gefragt, aber möchte dann einfach nur ergänzen und eine weitere Frage stellen. Vielleicht können Sie bei der Beantwortung der Frage von Herrn Untrieser auch darauf eingehen, wo für Sie die Grenzen beim Thema „Energieaufwand“ usw. liegen.

Dann würde ich das einfach nutzen, um die nächste Frage zu stellen, und zwar an das Ecologic Institut. Das ist noch mal ein ganz anderes Thema. Sie haben zuletzt vorgeschlagen, transparente Produkt- und Gebäudepässe und digitale Zwillinge verfügbar zu machen. Können Sie einmal erläutern, warum das aus Ihrer Sicht so wichtig ist, wie die aussehen, was da angegangen werden müsste? Das Thema ist ja auch auf Bundesebene im Koalitionsvertrag enthalten, aber die Frage ist ja: Gibt es darüber hinaus etwas, was auf Landesebene dazu gemacht werden sollte?

Vorsitzender Georg Fortmeier: Vielen Dank. – Für die AfD-Fraktion hat sich Herr Abgeordneter Loose gemeldet.

Christian Loose (AfD): Meine Frage geht an Herrn Klawek. Sie haben gerade davon gesprochen, dass ein Unternehmer nach Nordmazedonien abwandert. Im Grunde dürfen wir gar nicht rein schauen Deutschland Neuproduktion und Deutschland Recycling, sondern wir haben eigentlich da vier Marktsegmente, nämlich China mit günstigem Kohlestrom und günstigen Löhnen, also Neuproduktion in China, Neuproduktion vielleicht auch in einem anderen europäischen Land wie Frankreich mit günstigem Atomstrom, aber hohen Löhnen, dann haben wir Deutschland mit inzwischen wetterabhängigem Strom und hohen Löhnen als Neuproduktionsland, aber auch natürlich Deutschland mit Recycling. Das heißt, meines Erachtens dürfen wir da gar nicht rein auf Deutschland schauen – Vergleich Neuproduktion mit Recycling –, sondern müssten das ein bisschen globaler sehen. Ich habe da so meine Befürchtungen. Was glauben Sie aus der Praxis, welche Produktionsart sich mittel- bis langfristig am Ende durchsetzen wird?

Vorsitzender Georg Fortmeier: Vielen Dank, Herr Loose. – In der Antwortrunde als erster Herr Mittelstaedt.

Hans-Jürgen Mittelstaedt (Verband der Chemischen Industrie – Landesverband Nordrhein-Westfalen): Chemisches Recycling: Ich habe in unserer Stellungnahme ein kleines Bild abgedruckt, wo wir die verschiedenen Ebenen der Kreislaufführung unserer Kohlenstoffe sehen. Das ist auch eine Wertigkeit, Priorisierung, welche Stufe als erste und welche als zweite, dritte, vierte gewählt werden soll. Da sehen Sie, dass auch aus unserer Sicht mechanisches Recycling die Methode der ersten Wahl ist, weil es vielfach die effizienteste, ökologisch sinnvollste, auch ökonomisch sinnvollste Art ist, aber wir reden halt hier über komplexe Produkte, leistungsfähige Produkte, die eine gewisse Performance brauchen, die dadurch auch heterogen in der Zusammensetzung sind, und über Abfallströme, die so komplex, so verschmutzt sind, dass man mechanisch nicht recyceln kann. Deswegen sehen wir, genau wie Herr Wilts es gesagt hat, für die unterschiedlichen Spielarten des chemischen Recyclings sinnvolle Anwendungsmöglichkeiten. Diese sind abgestuft. Es gibt halt verschiedene Formen des chemischen Recyclings, die bei ihren Produkten an unterschiedlichen Stellen in der chemischen Wertschöpfungskette ansetzen, also wo man sich sehr viel Chemie vorher spart und dann zum späteren Zeitpunkt einsteigen kann, bis hin zu dem simpelsten Fall, dass man eine Vergasung macht und dann über das Synthesegas, das kommt, Chemie wieder aufbaut.

Letztlich geht es um eine Bewertung über den gesamten Lebenszyklus eines Produktes, welcher Weg tragfähig ist und welcher nicht. Wenn wir jetzt eine Gesamtbewertung annehmen, dann muss man aus unserer Sicht für die Produkte, die wir herstellen, auch berücksichtigen, welchen Nutzen diese Produkte für die Gesellschaft, für die Lösung von Problemen bringen, und es nicht nur rein fokussieren auf den Stoffumwandlungsprozess, sondern den gesamten Lebensweg des Prozesses betrachten.

Es ist also alles sehr komplex, nicht einfach. Deswegen muss man halt viel diskutieren und auch über die unterschiedlichen Sichtweisen der Damen und Herren vom Ecologic Institut oder BNW reden, aber letztlich geht es um die Gesamtschau, und die muss besser sein als das mechanische Recycling.

Vorsitzender Georg Fortmeier: Vielen Dank, Herr Mittelstaedt. – Dann Herr Schüller auf die Frage des Kollegen Brockes.

Alexander Schüller (unternehmer nrw): Herr Brockes, Sie haben nach dem Abfallmonitoring gefragt. Das ist aus unserer Sicht natürlich ein ganz wesentlicher Schlüssel. Wenn wir über Kreislaufwirtschaft sprechen, dann brauchen wir eine sehr valide Datengrundlage. Es ist ja auch heute deutlich geworden, dass alle Beteiligten bereit sind, sich auf den Weg zu machen und einen Beitrag zu leisten, aber dafür ist ganz grundlegend, dass wir alle wissen, worüber wir uns konkret unterhalten. Beim Abfallmonitoring muss man sagen, das ist schon eher ein fragmentarisches Monitoring und kein durchgängiges Monitoring. Für den Bereich der gefährlichen Abfälle ist das sehr detailliert und nachvollziehbar, aber für den Teil der ungefährlichen Abfälle, insbesondere die, die deponiert werden, ist das leider nicht der Fall. Gerade bezüglich der Abfallströme, die deponiert werden, also dem Stoffkreislauf entzogen werden, wäre es wichtig, zu wissen, wie viel das ist und welches Potenzial da ist. Gerade für die Bauindustrie ist das von entscheidender Bedeutung. Dort wird davon ausgegangen, dass da noch erhebliches Potenzial liegt. Das sind alles Wertstoffe, zumindest ein Großteil. Man kann nicht sagen, es sind alles Wertstoffe, weil wir es nicht genau wissen. Dafür wäre eine Ausweitung des Monitorings sicher sinnvoll, denn wenn es so ist, dass da Wertstoffe deponiert sind, dann sind sie dem Stoffkreislauf entzogen, und das wollen wir ja alle miteinander verhindern.

Unser Petitum ist also, das Abfallmonitoring auszubauen. Klar, das ist Aufwand für alle Beteiligten. Aber wenn wir uns alle gemeinsam auf den Weg machen möchten – das ist ja der Fall –, dann brauchen wir eine valide Datengrundlage. Deshalb sprechen wir uns dafür aus, das Abfallmonitoring auf deutlich breitere Füße zu stellen.

Vorsitzender Georg Fortmeier: Vielen Dank, Herr Schüller. – Jetzt für das Ecologic Institut Herr Dr. Hirschnitz-Garbers.

Dr. Martin Hirschnitz-Garbers (Ecologic Institut [per Video zugeschaltet]): Vielen Dank, Frau Brems, für die Frage. Die passt für mich sehr gut an das, was Herr Schüller gerade sagte. Aus unserer Sicht ist gerade die Frage von Digitalisierung und transparenten Informationsflüssen für ein Abfallmonitoring und damit für den Aufbau einer zirkulären Wirtschaft essenziell.

Sie hatten das Beispiel Gebäudepässe oder auch den Baubereich angesprochen. Das begrüßen wir sehr, weil dieser Bereich rein mengenmäßig weltweit in vielen Bundesländern der relevanteste Bereich ist. Das heißt, da gehen die größten Mengen hin. Wenn wir es schaffen, hier die Kreislaufwirtschaft, wie Herr Benger es auch ansprach,

mitzudenken, Recycling zu stärken, gelingt das unter anderem dadurch, dass wir Informationen haben und transparent bereitstellen, und zwar über die verbauten Materialien, also welche drin sind, den Einsatzort, wo was verbaut ist, gerade im Gebäudebereich, um damit einen sogenannten zerstörungsfreieren Rückbau zu ermöglichen, der nicht Abbruch im Vordergrund hat, sondern Einsatz für Wiederverwendung von Bauteilen oder Einsatz von Recyclingbaustoffen für zukünftige Einsatzzwecke. Hier sehen wir ganz deutlich, dass man über Ansätze wie das sogenannte Building Information Modelling, das auch ein Ansatz in Ausbildung ist, Architekturstudiengängen, sicherstellt, dass man eine Blaupause hat, die digital vorliegt, die allen Planern, Planerinnen, Bauherrinnen zugänglich gemacht wird, auch für einen Rückbau. Man weiß, was wo verbaut wurde, wie man es zurückbauen kann, wie man das auch so aufbereiten kann, dass es wieder eingesetzt werden kann. Diese Informationen fehlen oft. Wenn man es durch Gebäudepässe schafft, es vorrätiger zu halten, dann kann es wirklich gelingen, die Mengen stärker nicht für ein Downcycling, Verwendung im Straßenbau – so wichtig das ist –, sondern für einen hochwertigen – Hochbau etc. – Einsatz aufzubereiten.

Gleiches gilt, wenn wir zum Beispiel Informationen über den Schadstoffgehalt von Produkten haben. Herr Bengler hat das schön vorgestellt. Wenn es gelingt, zum Beispiel durch digitale Pässe zu zeigen, ein gütegesicherter Recyclingbaustoff hat keine ein Wasserschutzgebiet bedrohlichen Eigenschaften oder im Holzbau haben wir keine schadstoffbehandelten Hölzer, dann kann man das auch weiter problemlos für die Kreislaufwirtschaft voranschreiben. Es gibt da viele Diskussionen auf europäischer Ebene zwischen Schadstoffausschluss aus den Kreisläufen und Weiterführung. Hier würden solche Ansätze helfen.

Was helfen könnte: Es gibt in Baden-Württemberg ein Think Tank, der aus Wirtschaft, Wissenschaft eingesetzt wurde, der gerade mit Blick auf die digitalen Zwillinge oder auch Blockchain versucht, zwischen Akteuren in einer Wertschöpfungskette Dinge wie Betriebsgeheimnisproblematik so anzugehen, dass diese Informationsblöcke digital von einer Firma zur nächsten weitergegeben werden können, ohne Betriebsgeheimnisse zu offenbaren und trotzdem sicherzustellen, dass Informationen, welches Material, welche potentiellen Schadstoffe wie wo verbaut, so weitergehen, dass von Anfang, von Design, bis zum Ende, bis zum Rückbau, Wiedereinsatz möglich ist. Es wäre aus unserer Sicht relativ gut, das in NRW so anzugehen, vielleicht das Kompetenzzentrum Circular Valley als Plattform zu nutzen, um diesen Austausch voranzutreiben und Kompetenz aufzubauen.

Vorsitzender Georg Fortmeier: Vielen Dank für die Beantwortung der Frage. – Dann jetzt Herr Klawek auf die Frage des Abgeordneten Loose.

Constantin A. Klawek (NE-Metalle Alex Klawek GmbH): Zu der Frage, welches Marktsegment sich durchsetzen wird, wenn der Weltmarkt betrachtet wird und China weiter so produziert mit günstigem Kohlestrom und günstigen Löhnen, muss man ganz klar sagen: Wenn die Voraussetzungen und der Status quo so bleiben, dann würde sich Deutschland mittelfristig bis langfristig abschaffen. Deswegen kann ich die Frage

gar nicht so beantworten, weil die Frage eigentlich für jeden, der hier sitzt, logisch ist. Es wäre schön, wenn wir Recycling hier vorantreiben könnten und das alles irgendwann 100%ig im Kreislauf wäre, aber das muss ja auf dem Weltmarkt mitgetragen werden, denn sonst sind wir die einzigen auf der Welt, die das tun, und dann bringt das auch nicht viel. Mehr kann ich dazu nicht sagen.

Vorsitzender Georg Fortmeier: Vielen Dank, Herr Klawek.

Dann kommen wir in die nächste Fragerunde. Ich gucke zur CDU. – Keine Frage mehr. FDP-Fraktion? – Herr Brockes schüttelt den Kopf, keine Frage mehr. Frau Brems? – Keine Frage mehr. Aber die AfD-Fraktion hat sich gemeldet. Herr Abgeordneter Strotebeck, bitte schön.

Herbert Strotebeck (AfD): Ich habe noch eine abschließende Frage an den Verband der Bau- und Rohstoffindustrie. Wenn durch den geplanten Ausstieg aus der Kohleverstromung die Rohstoffmengen aus der sogenannten Vorfeldgewinnung sowie manche industriellen Nebenprodukte wie bestimmte Aschen nur noch in geringeren Mengen oder gar nicht mehr zur Verfügung stehen – das mahnen Sie ja an –, wo kommen die denn her? Ich denke hier beispielsweise an Gips und – Herr Bengel, Sie hatten es gerade selber ausgeführt – Bitumen. Welche anderen Stoffe wären das dann?

Vorsitzender Georg Fortmeier: Vielen Dank, Herr Strotebeck. – Dann kann Herr Bengel gleich darauf antworten. Bitte schön.

Raimo Bengel (Verband der Bau- und Rohstoffindustrie): Ich zitiere zu Beginn einen grünen Staatssekretär aus Schleswig-Holstein – das fand ich total klasse –. Er hat gesagt, dass er es ethisch ungerechtfertigt findet, wenn wir die Materialien, die in der Regel ortsnah eingesetzt werden, dadurch geringe Lieferwege haben, wenn künftig Gewinnungsstätte wegfallen, von weiter weg holen müssten. Wir haben jetzt schon teilweise die Situation aufgrund der Rohstoffverknappung, dass Schiffe aus Norwegen und aus Schottland bis nach Dortmund kommen. Das war früher nicht der Fall. Die kamen bis Schleswig-Holstein. Dann werden die per Zug, per Lkw weitertransportiert, landen in Dortmund. Aufgrund der Nachfrage des Staates, der Kommunen, des Landes – Wohnungsbau, Brückensanierung – ist die Nachfrage gestiegen.

In der Tat, Ausstieg aus der Kohle ist beschlossen, wird gemacht, alles gut, aber in der Vorfeldgewinnung ... Wir haben ein Mitgliedsunternehmen, das dazu gehört, aber nur die Kiesgewinnung betreibt auf den Kohlelagerstätten. In der Tat fällt das künftig weg. Dadurch haben wir eine weitere Verknappung. Ich hoffe nicht, dass es dazu führt, dass wir dann über weitere Transportwege aus dem Ausland Produkte holen müssen, die eigentlich nur regional ... Das würde auch ein besserer ökologischer Fußabdruck bedeuten, wenn wir das Geschäft hauptsächlich weiter regional betreiben würde.

Mein großer Wunsch wäre, dass wir – hier ist viel angesprochen worden – uns mal zusammensetzen, über Recycling reden. Vom Ökologieinstitut wurde gerade ein Think

Tank angesprochen. Das finde ich total klasse. Ich hatte das auch schon mal mit einem inzwischen leider verstorbenen SPD-Abgeordneten hier aus der Landtagsfraktion besprochen. Wir waren schon so weit, dass wir gesagt haben: Wir machen mal so ein Think Tank. Wir machen einen neuen Rohstoffbericht mit Recycling. – Auch über solche Dinge würde ich gerne reden, denn da fallen riesige Mengen weg, die für einen Transportbeton, also Brückenbau, Häuserbau, erforderlich sind. Oder kann man das trotzdem gewinnen oder wie auch immer? Also, mein Wunsch an alle Fraktionen hier ist, so ein Think Tank zu machen. Wir müssen uns zusammensetzen, um Recycling zu fördern, auch über die anderen Rohstoffe zu reden, wie wir das weiter ortsnahe aus ökologischen Gründen gestalten können.

Vorsitzender Georg Fortmeier: Vielen Dank, Herr Benger, für diese Antwort.

Ich gucke mal in die Runde. Gibt es noch Fragen? – Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Sachverständigenanhörung.

Meine Damen und Herren Sachverständigen, ich darf Ihnen ganz herzlich danken für die Zeit, die Sie uns zur Verfügung gestellt haben, um mit uns dieses Thema zu diskutieren. Vieles hat sich auch schon in Ihren schriftlichen Stellungnahmen wiedergefunden.

Zum weiteren Verfahren: Wir warten jetzt auf das Protokoll dieser Anhörung. Dann werden in den einzelnen Ausschüssen dazu die Beratungen stattfinden mit den entsprechenden Voten zu dem SPD-Antrag. Die abschließende Beratung wird dann im federführenden Ausschuss, im Wirtschaftsausschuss, stattfinden. Ziel ist natürlich, diesen Antrag noch in dieser Wahlperiode abschließend zu bescheiden. Die Wahlperiode endet im Mai. Die letzten Sitzungen sind im April. Bis dahin werden wir uns in den Ausschüssen mit diesem Thema noch beschäftigen.

Ich schließe die Sitzung.

gez. Georg Fortmeier
Vorsitzender

Anlage

02.02.2022/03.02.2022

10

Anhörung von Sachverständigen
des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Landesplanung und
des Wissenschaftsausschusses

**Zirkuläre Wirtschaft schafft Nachhaltigkeit, sichert Rohstoffsicherheit und fördert Gute Arbeit
in Nordrhein-Westfalen**

Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 17/15255

am Mittwoch, dem 12. Januar 2022
10.00 bis (max.) 12.30 Uhr, Raum E3 D01

Tableau

eingeladen	Teilnehmer/-innen	Stellungnahme
Circular Valley Dr. Carsten Gerhardt Wuppertal	Dr. Carsten Gerhardt	17/4725
Unternehmer NRW Alexander Felsch Düsseldorf	Alexander Schüller	17/4704
IG BCE / Landesbezirk Nordrhein Frank Löllgen Düsseldorf	Omer Kirli	17/4657
Wuppertal Institut Dr. Henning Wilts Wuppertal	Dr. Henning Wilts	17/4720
Verband der Chemischen Industrie e.V. – VCI Landesverband Nordrhein-Westfalen Hans-Jürgen Mittelstaedt Düsseldorf	Hans-Jürgen Mittelstaedt	17/4692
Verband der Bau- und Rohstoffindustrie e. V. Raimo Bengler Duisburg	Raimo Bengler Dr. Hendrick Schülte-Wrede	17/4678
Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft Dr. Katharina Reuter Berlin	Dr. Katharina Reuter	17/4718
Ecologic Institut gGmbH Dr. Martin Hirschnitz-Garbers Berlin	Dr. Martin Hirschnitz- Garbers Susanne Langsdorf	17/4698

eingeladen	Teilnehmer/-innen	Stellungnahme
NE-Metalle Alex Klawek GmbH Constantin A. Klawek Hagen	Constantin A. Klawek	---